

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeheilene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 35 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 29. März 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das obererschlesische Himmelreich.

Die tolle Polenpolitik der preussischen Regierung hat die gehässigste regierende Partei, das Centrum, und mehr noch, die der herrschenden Reaktion als Schutztruppe willkommenen Organisation der edelsten Herren der katholischen Kirche, in eine schwere Niederlage geführt. Wäre nicht auch die Regierung Leidtragende dieser moralischen Katastrophe, die der Kopp-Prozess bedeutet, und vermöchte jemand auf den wahnsinnigen Gedanken zu geraten, daß diese Regierung der Herren Bülow, Hammerstein, Rheinbaben weite Kulturziele in Auge, vorausschauender Verrechnung verfolge, so möchte man fast meinen, sie habe diese tolle Politik der polnischen Kaminschjagd — die freilich nur eine Sonntagsjagd bleiben wird — nur deshalb begonnen, um den übermächtigen Merkantilismus zu spalten und zu brechen. Inzwischen, das war nicht die Absicht, die Regierung ist in den obererschlesischen Zusammenbruch getappt, wie die Patronelle des Major von Glasenapp in das Blutbad von Dwilfloreto.

Der sinnlose Galatismus hat Oberschlesien dem nationalen Polentum erobert. Das Centrum geriet durch diesen plötzlich ausgebrochenen germanisatorischen Verfolgungswahn zwischen zwei Feuer. Als politische Organisation der katholischen Kirche mußte es die Einheit zwischen den polnischen und deutschen Katholiken aufrecht zu erhalten suchen. Als regierende Partei durfte sie die herrschende antipolnische Politik nicht anders bekämpfen wie durch laue wirkungslose Kritik, während sie doch die Macht gehabt hätte, sie zu verhindern, wenn sie gewollt hätte; damit freilich hätte das Centrum dann die Regierungsfähigkeit verloren.

So wurde das Centrum in Oberschlesien zur Trägerin der preussischen Regierungspolitik — der Fürstbischof Kopp ist ja seit jeher der Vertrauensmann Berlins — und geriet folglich in Konflikt mit dem Polentum. Während es durch seine Regierungsgewalt die heiligen katholischen Kirche zu nützen trachtete, waltete es in Wirklichkeit die katholische Macht in Oberschlesien, gefährdete seinen eignen Einfluß aufs schwerste und führte schließlich zu jenen furchtbaren Wofstellungen der Pfäfferei, die der Kopp-Prozess aufgezeigt hat. Zugleich aber hat die Regierung, die, in ihrem blinden und wahllosen Zummel einer reaktionären Selbsterhaltung um jeden Preis, so gierig um die Gunst der katholischen Kirche buhlte, diese Autorität durch die Wirkungen ihrer Polenpolitik in den Fundamenten erschüttert.

Das schlesische Nationalgericht, Vadobst mit Klößen, nennt man das schlesische Himmelreich. In dem obererschlesischen Himmelreich wurde die religiöse Leibspeise infolge des herrschenden Germanisationsfurors und der in selbstzerstörerischer Zweideutigkeit sich äußernden Centrumspolitik der mittleren Linie zerlegt. Das Vadobst rebellierte gegen die Klöße. Die schmackhafte Einheit des Glaubens ging in verwirrende und vergiftende Gärung über.

In dem der katholische Alerus Oberschlesiens den Weg zum Himmelreich über die königlich preussische Centrumspolitik als den einzig möglichen proklamirte, indem er die Vethätigung des rechten Glaubens allein in dem Eidschwur auf Letocha seufzte, empörte er die gleich treuen und gläubigen Anhänger der Kirche, die da meinten, sie könnten auch auf polnisch recht gut und vielleicht besser ins Himmelreich kommen. Mit jenem pfäffischen Panatismus, der der katholischen Kirche stets eigen gewesen ist, stürzten sich die Kapläne in den Kampf um die centrumdeutsche echte Offenbarung wider den polnischen Ketzerglauben. Wie sollten in solchem Wirrwarr die Gläubigen sich zurecht finden? Wie konnten die harmlosen Gemüter es fassen, daß man als guter Katholik dennoch in der Hölle braten müsse, nur weil man dem Herrgott a la Korfanti diene, während ein Stimmgelächter für Letocha den Weg zum Paradiese sicherte? Das waren unlösliche Konflikte, an denen auch der Witz eines Scholastikers von Fach tailos werden mußte.

Wir haben in der Prozessverhandlung gesehen, in welcher naiver Weise die Gläubigen sich aus den Schwierigkeiten zogen. Die Absolution mußten sie haben, Nationalpolen wollten sie aber auch sein, so belogen sie — Material für eine listige Weichte — den Geistlichen oder sie überlisteten ihn. Sie versprachen, das Teufelsblatt Korfanti nicht zu lesen, und lasen es doch, oder liehen es durch — ihre Frau abnommieren. Man darf wohl aus diesem Verfahren schließen, daß die Kraft religiöser Vertiefung nicht immer ebenso Bedeutend ist wie die Macht äußerlicher gesellschaftlicher Wohlstandigkeit und der Zwang der geschäftlichen Rücksichten.

Gegen den pfäffischen Terrorismus wehrte man sich durch kleine religiöse Rogeleien. Der begehrte Glaubensartikel wurde durch Vorspiegelung falscher Thatsachen entworfen und die Stellvertreter Gottes, weil sie nun einmal den Weg zum Himmelreich verperrten, in der Notwehr ein wenig heftig überd geweihte Ohr gehauen.

Für jedes erste religiöse Empfinden müssen die geistlichen Zwangsvollstreckungen, die von obererschlesischem Alerus um der preussischen Centrumspolitik willen ausgeführt wurden, widersinnig und widerwärtig erscheinen. Aber mit dem liberalen Gekschrei über den Mißbrauch der Kanzel ist nichts gethan. Denn was jene obererschlesischen Centrumskapläne thaten, ist im Grunde nur eine Anwendung des katholischen Grundprinzips. Das ist ja der durchgängige Wesenszug aller bürgerlichen Richtungen, daß sich keine zu den Grundfragen zu bekennen wagt, die sie in Wirklichkeit haben. Sie kämpfen nur mit Vorwänden und gegen Schatten. Die katholische Kirche — das ist ihr Lebensprinzip — muß beanspruchen, den ganzen Menschen autoritär und dogmatisch zu beherrschen. Sie muß ihn in allen seinen privaten Handlungen leiten, sie regelt selbst sein intimstes Empfindungsleben, sie ist natürlich da umsonst auch Herrin über die öffentlich-staatliche Thätigkeit des Gläubigen. Ohne

diesen universalen Anspruch auf Herz und Hirn, auf Seele und Leib fällt der Merkantilismus zusammen, würde er sich selbst aufgeben. Aus diesem Prinzip der katholischen Kirche aber folgt, daß sie auch Herrin über den Staat, daß sie letzte Instanz und höchste Autorität der menschlichen Gesellschaft sein muß. Weil aber dieser Anspruch von keinem modernen Staat, und wäre er noch so rückständig, geübt werden kann, darum muß die im Centrum als Aktionspartei organisierte Kirche das thun, was fälschlich immer der Sozialdemokratie vorgeworfen wird, sie muß ihr Wesen verleugnen und ihre Ziele verschleiern. In geheimen Freilich arbeitet man so, wie es die Natur des Merkantilismus erfordert, mit allen Mitteln scheinreligiöser Tortur, die durch ein weit ausgebildetes System gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Terrorismus unterstützt wird. Nur schwört man's ab. Als der „Vorwärts“ während der Reichstagswahlbewegungen des letzten Jahres einige Fälle von politischer Ausbeutung des Weichfußes erwähnte, leitete die „Germania“ über freche Verleumdung und schamlosen Schwindel. Seit dem Venthener Prozeß hilft kein Zeugen mehr, man würde ja auch nur sich selbst verleugnen. Das Centrum steht und fällt mit dem System der religiösen Tortur, die durch Staatsprivilegien begünstigt und autorisiert wird. Venthen hat lediglich verraten, was ist und was immer sein muß.

Ebenso heuchlerisch und armselig verhält sich der Liberalismus. Er begnügt sich wieder, von Mißbräuchen und Auswüchsen zu reden. Er will dem Volk freundlich zureden, daß er doch ein Lamm sein möchte. Die entartete Bourgeoisie bedarf eben auch der Kirche im Kampf gegen das Proletariat und darum denkt sie gar nicht daran, ernstlich liberal zu sein, die Krennung von Staat und Kirche, die Vertweltlichung der Schule zu erringen. Im Gegenteil: Der Liberalismus wünscht im Grunde nur, die Kirche möge sich nicht allzu schämen kompromittieren, sie möge ihr geheimes Wesen nicht zum öffentlichen Skandal betätigen, damit sie eben ihre Herrschaft behaupten könne. Im Namen der Freiheit kämpfen Liberale wie Merkantile gleichermaßen um die Erhaltung des Himmelreiches, damit die Massen ihr Erdenrecht verlieren.

Die Staatsgewalt aber hat nicht einmal Reigung, gegen die „Mißbräuche“ des Merkantilen Systems diejenigen Mittel anzuwenden, die ihr zu Gebote stehen. Kein Zweifel, daß jene geistlichen Wahlagitatoren des Centrum gegen den Kanzelparagrafen gefehlt haben, den § 130a des Strafgesetzbuches, der mit Strafen bis zu zwei Jahren Gefängnis denjenigen Geistlichen bedroht, der „in einer Kirche oder an einem andern zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte vor mehreren Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Verleumdung oder Erörterung macht“. Wir sind die letzten, die der Anwendung dieses Paragrafen das Wort reden. Aber wir gedenken doch der Opfer dieser Pfaffenagitation, jener unglücklichen Proletarier aus Laurahütte, über die mehr als hundert Jahre Zuchthaus von der Staatsgewalt verhängt worden sind, während die wirklichen Schuldigen frei ausgehen werden. So will es das gleiche Recht, so will es die Staatsraison.

Ueber den Ausgang des Prozesses wird uns aus Venthen von einem Teilnehmer der Gerichtsverhandlung geschrieben:

Man war allgemein auf eine harte Verurteilung des Angeklagten v. Wolst gefaßt und diese wäre ja auch, trotz der überwältigenden Resultate der Beweisaufnahme zu Gunsten des Angeklagten zweifellos erfolgt, da das Gericht bei Ablehnung der von der Verteidigung gestellten Beweisangebote seinen Standpunkt schon dahin präzisirt hatte, daß nach Ansicht des Gerichts die gesamte katholische Geistlichkeit Oberschlesiens angegriffen und beleidigt sei, der Wahrheitsbeweis dafür, daß ein Teil dieser Geistlichkeit in der behaupteten vertuschenden Weise handelte, die Verstrafung also nicht verhindern konnte. Eine geschickte Benutzung prozessualer Vorschriften ermöglichte der Verteidigung trotzdem die beabsichtigte Beweisführung, während andererseits die Beschlußfassung des Gerichts der Anklagebehörde die Hände band, so daß die von der Staatsanwaltschaft angeführte nachträgliche Ladung der Geistlichen zum dritten Verhandlungstage gar nicht zulässig war und in der That unterblieben ist.

Der Kerger des Staatsanwalts über die verschlepte Prozessführung, welche der Staatsanwalt zunächst durchaus billigte, Klang denn auch deutlich aus den Ausführungen desselben am letzten Tage heraus. Die Zurücknahme des Strafantrags durch Kardinal Kopp überhöb die Staatsanwaltschaft der Notwendigkeit, die begangenen Fehler offen einzugestehen.

Auf die obererschlesische Bevölkerung hat die Mahnrede des Kirchenfürsten den stärksten Eindruck gemacht — allerdings nicht zum Vortheil der katholischen Geistlichkeit, sondern zunächst zu dem der nationalpolnischen Bewegung. Die Autorität der sonst unbedingten herrschenden Pfarrer und Kapläne hat einen schweren Stoß erhalten. Das zeigte deutlich das Verhalten der allen Erwerbsständen angehörenden Zeugen und Zuhörer.

Viel mehr noch wie die Zurückziehung des Strafantrags hat freilich das unerhört terroristische Vorgehen jener Geistlichen selbst gegen bisher treue Kinder der Kirche zersetzend auf den moralischen Einfluß und die früher fast unbeschränkte Macht der Geistlichen über die Gemüter gewirkt. Und hieraus wird keineswegs die national-polnische Bewegung, sondern die Sozialdemokratie die Früchte ernten. Was der Sozialdemokratie hier in jahrzehntelanger mühsamster Arbeit kaum gelungen wäre, das hat das brutale Wüten einer Anzahl kurzschäftiger Pfaffen im vermeintlichen Interesse der Centrumspartei in Monaten fertig gebracht: tausende bisher gläubiger, geduldiger Schafe zu Feinden einer Kirche zu machen,

deren berufene Vertreter die berechtigten nationalen und politischen Interessen eben dieser Schafe mit Füßen traten.

Tiefe Entrüstung und ehrlicher Schreden erfahnten den übrigens gut evangelischen Gerichtsvorsitzenden Landgerichtsdirektor Dr. Billing angefaßt der Auffassung der meisten Zeugen von der religiösen wie moralischen Bedeutung der Weichte. Von all den Zeugen, Männern wie Frauen, die über Vorgänge aus dem Weichstuhl aussagen sollten, hatte nur ein einziger religiöse Bedenken gegen solche Mitteilungen. Und ebenso war nur ein Zeuge in der Lage, unter seinem Eide zu erklären, daß er das dem Weichtwater gegebene Versprechen, das polnische Blatt nicht mehr zu lesen, auch gehalten habe. Den andren erschien es meist ganz selbstverständlich, daß sie jenes Versprechen nicht hielten, ja daß sie dem Priester in der Weichte selbst vorlogen, sie hielten das verpönte Blatt garnicht, nur um keine Schereereien wegen der hergebrachter Weise nun doch einmal nötigen „Vergebung der Sünden“ zu haben. Und bei diesen Zeugen handelte es sich keineswegs um schon glaubenlos gewordene Industrieproletarier, sondern meist um Bauern und Handwerker aus entlegenen Landbezirken des Kreises Pleß zc.

Der Kardinal Kopp-Prozess giebt und eine Anzahl neuer scharfer Waffen im Kampfe gegen den Todfeind der Sozialdemokratie, das Centrum.

Ueber dem Zusammenbruch der preussischen Kirche und der regierenden Centrumspolitik in Oberschlesien triumphiert nun der radikalste Nationalpole Korfanti — als Retter der bedrohten Kirche. Wegen dieses Verdienstes mag ihm nun auch die Regierung Absolution erteilen! Die „Germania“ aber, das offizielle Organ des Centrum, bringt es fertig, ihre Leser mit keiner Silbe zu unterrichten, was dem eigentlich in Venthen vorgegangen ist; dafür gestaltet sie — man sollte so grotesken Schwindel nicht für möglich halten — die mit Weichfuß Korfantis geplückte jährliche Flucht des Fürstbischofs Kopp aus der Öffentlichkeit zu einem, allerdings arg verspäteten Akt christlicher Warmherzigkeit für die armen, wenig zerkürzten polnischen Pöhlwinder. So feige verrät die „Germania“ den mit „Kopflößen“ um sich schlagenden Geldenkampf der obererschlesischen Kirche um das allein sittlich berechnete Centrum-Himmelreich!

Ein neuer Angriff auf Port Arthur.

Vize-Admiral Makarow telegraphirt dem Kaiser aus Port Arthur vom 27. März: Ich berichte allerunterthänigst, daß heute nacht 2 Uhr der Feind einen zweiten Versuch gemacht hat, den Eingang der inneren Reede zu sperren. Zu diesem Zwecke entsandte er vier große Handelsdampfer, begleitet von sechs Torpedobooten, zum Eingang. Die feindlichen Schiffe wurden rechtzeitig im Lichte der Scheinwerfer bemerkt und von den Batterien sowie den Wachtschiffen „Bobr“ und „Dwaschny“ beschossen. Um einem Durchbruche der feindlichen Schiffe zu begegnen, trat der Kommandant des Wacht-Torpedobootes „Siklny“, Lieutenant Kriniski, dem Feinde entgegen und zerstörte durch einen Torpedo den Bug des vorderen japanischen Dampfers. Dieser wandte sich nun rechts; ihm folgten zwei andre Dampfer, sodah alle drei mehr rechts vom Eingang auf Land gerieten. Der vierte Dampfer ging links und sank ebenfalls seitwärts des Fahrwassers. Das Torpedoboot „Siklny“ nahm nun den Kampf mit den sechs feindlichen Torpedobooten auf; dabei wurden der Ingenieur und sechs Mann getötet, der Kommandant und 12 Matrosen verwundet. Am Morgen kamen feindliche Linienfahrzeuge und eine Abteilung Kreuzer in Sicht. Ich ging mit der mir anvertrauten Flotte dem Feinde entgegen. Der zweite Versuch der Japaner, den Eingang von Port Arthur zu versperren, ist, dank der energischen Abwehr durch die See- und Landstreitkräfte, ebenso wie der erste mißglückt; der Eingang zum Hafen ist vollkommen frei geblieben.

Amlich wird ferner gemeldet: Vize-Admiral Makarow hat an den Kaiser aus Port Arthur vom gestrigen Tage folgendes Telegramm gesandt: Ich melde allerunterthänigst, daß sich der Feind zurückgezogen hat, worauf ich mit der Flotte in den Hafen zurückgekehrt bin. Das Torpedoboot „Siklny“, das infolge einer Beschädigung seiner Maschine durch ein feindliches Geschos in der Nacht auf eine Sandbank aufgelaufen war, ist flottgemacht worden und dank der Energie der Besatzung in den Hafen eingelaufen. Der Kommandeur Kriniski, der am Arm leicht verwundet worden ist, hatte seinen Posten nicht verlassen. Auf den Bränden befanden sich Höllemaschinen, deren Drähte von Scharfschützen durchschnitten wurden. Die Lieutenanten Redrow und Afariew und der Fähnrich Biludsky gingen auf meinen Befehl an Bord eines der Dampfer, durchschnitten die elektrischen Leitungsdrähte und löschten das Feuer, welches dem Feinde den Hafeneingang hatte beleuchten sollen. Auf der Reede fand sich morgens ein schwimmendes Torpedo mit einer Höllemaschine, die glücklicherweise beseitigt wurde. Bei einer Verichtigung stellte man fest, daß die Dampfer, die als Brandier gedient hatten, nicht alt sind. Sie sind 2000 Tonnen groß und mit Kleinkalibriger Artillerie ausgerüstet. Einen Teil der Dampfer werde ich für Hafenzwecke verwenden.

Ueber den Kampf, der sich in der vergangenen Nacht vor Port Arthur abspielte, berichtet der Kommandant von Port Arthur, Generalleutnant Smirnow, in einem Telegramm an den Kaiser ausführlicher, wie folgt: In der Nacht auf heute machten die Japaner, nachdem der Mond aufgegangen war, einen Versuch, den Hafenausgang zu versperren, wozu sie vier Brandier in Begleitung einer Torpedobootsflotte entsandten. Gegen 2 1/2 Uhr wurde von den Wachtschiffen und Batterien die Annäherung der feindlichen Schiffe bemerkt, auf welche sie ein heftiges Feuer eröffneten. Vor den Bränden führten die Torpedobooten und in bedeutender Entfernung folgten größere Schiffe,

welche auf die Festung zu feuern begannen, um dadurch die Aktion der Brander und Torpedoboote zu unterstützen. Infolge des starken Artilleriefeuers und des tüchtigen Vorgehens unserer Torpedoboote erreichten die Brander den Hafeneingang nicht. Zwei Brander gerieten am Goldenen Berge auf ein Riff, einer ging, von einem Torpedo eines unserer Torpedoboote getroffen, hinter den beiden ersten unter; der vierte stieß mit dem Bug an einen früher gesunkenen japanischen Dampfer bei Majasshij Gorob und ging ebenfalls unter. Der Hafeneingang ist frei geblieben. Unter den gesunkenen Dampfern wurden Hotchik-Schnellfeuergeschütze einzölligen Kalibers gefunden, aus denen auf unsere Torpedoboote gefeuert worden war. Von jedem der gesunkenen Schiffe war eine Schaluppe zur Rettung der Besatzung ausgeföhrt worden. Nur eine dieser Schaluppen scheint sich gerettet zu haben. Gegen 4 Uhr morgens zogen sich die feindlichen Torpedoboote zurück und die Kanonade verstummte. Der Kommandierende Admiral Malorow begab sich sofort in einem Dampfboot auf die See, um die gesunkenen feindlichen Schiffe in Augenschein zu nehmen. Morgens 5 Uhr wurden in südlicher Richtung von Port Arthur feindliche Torpedoboote bemerkt, auf welche die Batterien zu feuern begannen. Gegen 6 Uhr erschien am Horizonte ein feindliches Geschwader. Unser Geschwader ging ihm entgegen. Die Batterien eröffneten um 6 1/2 Uhr das Feuer. Die Kanonade der Schiffe und Batterien wurde jedoch bald eingestellt, da das japanische Geschwader sich südwärts zu entfernen begann, offenbar einem Kampfe ausweichend. Gegen 10 Uhr verschwand das feindliche Geschwader am Horizont.

Der Kriegszustand für Ruisschwang erklärt.

Ruisschwang, 28. März. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Die Konsuln und Ausländer wurden gestern abend vom Befehl des Statthalters Alexejew in Kenntnis gesetzt, daß Ruisschwang sich jetzt im Kriegszustand befindet, und daß sie ohne Ausnahme dem Special-Versägen unterworfen seien; daß der Export von Kriegskonterbande einschließlich Wollwolle, anderer Nahrungsmittel und Wollnahrung verboten sei, wenn nicht eine Summe deponiert werde, in gleicher Höhe wie der Wert der Ladung, als Garantie dafür, daß die Ladung nachher nicht von einem neutralen Hafen nach Japan oder Korea verschifft werde. Das hemmt in Wirklichkeit jeden Handel in Ruisschwang; fünf Dampfer, welche außerhalb des Hafens heute ankommen, und zahlreiche andre, die hier fällig sind, werden nicht imstande sein, Ladung einzunehmen. Die Konsuln telegraphieren an ihre resp. Regierungen um Instruktion.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. März.

Trinksprüche.

Der deutsche Kaiser ist auf der Mittelmeer-Reise, die ihn zunächst über Spanien führte, in den letzten Tagen in Italien angelangt. Wo er mit Victor Emanuel zusammentraf. Bei einem gemeinsamen Diner wurden die üblichen Trinksprüche ausgetauscht, die auch den Dreibund in den Bereich des Koalitionsens brachten. Victor Emanuel brachte folgenden Trinkspruch aus:

„Indem ich Eure Majestät begrüße, gebe ich der Freude Ausdruck, welche ich beim Wiedersehen Eurer Majestät empfinde. In Eurer Majestät erkenne ich und mein Volk den treuen und sicheren Freund. Die Bande, welche glücklicherweise seit so vielen Jahren unsere beiden Staaten unter sich und mit dem gemeinsamen Verbündeten vereinigen, waren bis jetzt das stärkste Bollwerk des Friedens von Europa. Diese Bande müssen neu befestigt werden durch das Vertrauen auf den Bund und durch die Gefühle unserer Völker, welche, in der Vergangenheit durch die Wechselseitigkeit der nationalen politischen Ziele zusammengeführt, jetzt befeuert sind von gleichem Streben nach einer Zukunft des friedlichen Fortschritts. Mit diesen Gefühlen trinke ich auf das Wohl Eurer Majestät, Ihrer Majestät der Kaiserin, der ganzen kaiserlichen Familie und der ruhmreichen deutschen Nation.“

Der deutsche Kaiser erwiderte den Toast mit folgenden Worten:

„Wenn auch, um von harter Arbeit auszuruhen, mein Weg mich an die herrlichen Gestade des schönen Vaterlandes Eurer Majestät geführt hat, so folge ich dabei doch auch zu gleicher Zeit dem Zuge meines Herzens, welches mich wie alle meine Landsleute immer wieder zu dem gastreichen und sympathischen italienischen Volke zurückführt. Ich habe heute die Ehre, zum erstenmal Eurer Majestät auf dem Boden eines deutschen Kriegsschiffes zu begrüßen, und ich thue das mit einem Herzen voll Dank für den schönen und herzlichen Willkommen, den Eurer Majestät mir soeben ausgedrückt haben. Der Dreibund-Gedanke ist fest und sicher in die Seelen von Eurer Majestät unterthanen eingegraben; und der Bund, den unsere erlauchten Vorfahren mit dem erhabenen Haupte des Hauses Habsburg geschlossen haben, ist zum Segen für unsere beiden Völker, für die Völker des Dreibundes und für ganz Europa geworden. Er ist ein festes Bollwerk des Friedens geworden, unter dessen Schutze sich die Nationen in fortschreitender und friedlicher Entwicklung befinden haben, von der wir auch hier in der schönen Stadt Neapel herrlichste Zeugnisse sehen.“

In wenigen Tagen wird auch der Präsident der französischen Republik Italien einen offiziellen Freundschaftsbesuch abstatten. Wahrscheinlich werden dann ähnliche Toaste ausgetauscht werden, die die Verbindung der beiden romanischen Nationen als Garantie der Erhaltung des europäischen Friedens feiern werden. Der Dreibund wird dadurch nicht gestört werden, denn nach Wilsons südlich toleranterem Bonmot darf der Ehegatte nicht gleich sauer dazu sehen, wenn die Ehegattin einmal mit einem Hausfreund eine Extratour macht.

Diplomaten-Politik ist hohe Politik, die Politik der Toaste allerhöchste Politik. Trotzdem empfindet die Sozialdemokratie vor- soch allerhöchster Politik nicht den Respekt, den die bürgerlichen Propagandisten zu bekunden pflegen. Böten solche Fürstbesuche wirklich die ihnen in Toaste unangelegten Friedensgarantien, so wäre der Dreibund überhaupt überflüssig. Denn ähnliche Friedensbetuerungen, wie sie zwischen dem italienischen und dem deutschen Monarchen getauscht worden sind, sind ja schon früher zwischen dem deutschen Kaiser und dem Zaren getauscht worden. Und trotzdem soll der Dreibund ja dem Zweibund die Wage halten!

Nicht Fürstenerbrüderung sädert den Frieden der Nationen, sondern der Mangel unauflöslicher Konflikte. Solche Konflikte liegen weder zwischen Deutschland und Italien, noch zwischen Italien und Frankreich vor. Deshalb mag, trotz gewisser Meinungsverschiedenheiten zwischen Italien und Oesterreich, der Dreibund noch fort-dauern und als Hort des Friedens gepriesen werden. Eine wahrhaftige Friedensgarantie vermag erst die Solidarität der Nationen zu bilden, wie sie einzig der Sozialismus zu begründen vermag! —

Die Begründung der Novelle zum Reichs-Stempelgesetz.

Die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ läßt ihrer Veröffentlichung der dem Reichstage zugegangenen Novelle zum Vörsensteuergesetz in letzter Nummer die offizielle Begründung folgen, die, wie es bei der Art der Materie ziemlich selbstverständlich ist, nichts Neues bietet, sondern nur in sorgfältigerer Abwägung und gemäßigterer Form die Argumente wiederholt, die verschiedentlich aus Bank- und Börsenkreisen gegen das Vörsensteuergesetz erhoben worden sind, nur daß die Begründung der Regierung in Rücksicht auf die Agrarier noch mehr das durch die bisherigen Steuererhöhungen geschädigte Interesse der Reichsliste in den Vordergrund schiebt. Fast alle Ausführungen sind der Arbitrage, die als „eine Thätigkeit von allgemeiner anerkannter wirtschaftlicher Bedeutung“ bezeichnet wird, und der Rückwirkung ihrer Abnahme auf die Steuererträge gewidmet. So heißt es z. B. gleich zu Anfang:

„Die wenig erfreuliche Gestaltung der Börsenverhältnisse in den letzten Jahren, die zu der Einbringung des dem Reichstage unter dem 19. Februar 1904 vorgelegten Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Aenderung des Abschnitts IV des Vörsensteuergesetzes geführt hat, ist auch auf das Steueraufkommen von Wertpapieren und Anschaffungsgeschäften derart von Einfluß gewesen, daß der von den Stempelverhältnissen des Gesetzes vom 14. Juni 1900 erwartete Mehrertrag nicht eingetreten, teilweise sogar statt dessen eine Mindereinnahme zu verzeichnen gewesen ist. Letzteres tritt namentlich zu Tage, wenn man das Rechnungsjahr 1900, in dessen zweites Viertel die Steuererhöhung fiel, als unregelmäßig auszeichnet und den durchschnittlichen Ertrag der Jahre vor- und nachher miteinander vergleicht. Es ergibt sich dann, trotz einer außergewöhnlich starken Verteuerung ausländischer Staatsanleihe-Papiere im Jahre 1902, für den Durchschnitt der Rechnungsjahre 1901/02 eine Stempelleinnahme von nur 17 886 000 Mark für Wertpapiere und 13 421 000 Mark für Anschaffungsgeschäfte gegen 18 190 000 Mark für Wertpapiere und 14 266 000 Mark für Anschaffungsgeschäfte in den Jahren 1898/99. Bei Berücksichtigung des Rechnungsjahres 1903 gestaltet sich das Bild zum Teil noch ungünstiger. Dieses Jahr hat in den Monaten April bis Dezember eine Einnahme von 9 500 000 beziehungsweise 9 972 000 Mark ergeben. Ergänzt man den abgelaufenen Zeitraum auf ein volles Jahr, indem man für die fehlenden drei Monate die entsprechenden Ziffern aus dem Vorjahre einsetzt, so errechnet sich für 1903 eine Jahreseinnahme von 18 998 000 M. für Wertpapiere und 14 262 000 M. für Anschaffungsgeschäfte oder für den Durchschnitt der Jahre 1901/1903 nur 16 500 000 M. für Wertpapiere und 13 702 000 M. für Anschaffungsgeschäfte. Wenn die Einnahme an Reichsstempelabgabe in den Rechnungsjahren 1893 bis 1903 bezüglich des Gesamtertrages dennoch eine nicht unbeträchtliche Steigerung aufweist, so ist dies fast ausschließlich auf die Stempelleinnahme aus den Staatslotterien zurückzuführen. Als Ursache der Abnahme des Vörsenverkehrs und damit des Steueraufkommens wird in den beteiligten Kreisen neben dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang und dem Einfluß des Vörsengesetzes auch die Erhöhung der Reichsstempelabgabe im Jahre 1900 angesehen, und es kann wohl ohne weiteres als richtig zugegeben werden, daß eine starke Mehrbelastung der Börsen, die schon an sich leicht verkehrshemmend wirkt, namentlich unter dem gleichzeitigen Druck festerer Konjunktur eine Einschränkung der Geschäfte zur Folge haben muß.“

Nach einigen weiteren Ausführungen über den Rückgang des Arbitrierverkehrs heißt es dann weiter:

„Eine Statistik der Arbitragegeschäfte besteht seit 1895, indem nach den Gesetzen von 1894 und 1900 derjenige Teil des Anschaffungsstempels, welcher über ein Zehntel vom Tausend hinausgeht, der arbitrierenden Partei erlassen wird, und die einzelnen Geschäfte zu diesem Zwecke der Steuerbehörde nachgewiesen werden müssen. Diese Erstattungen betragen nun

Table with 2 columns: Year (1895-1903) and Amount (127 000 M. to 53 000 M.).

(9 Monate, auf ein volles Jahr ergänzt.)

Der bei Vorberatung des Gesetzes vom 27. April 1894 in der Reichstags-Kommission gehegte Wunsch, den Arbitrierverkehr in dem früheren Umfang aufrecht zu erhalten, hat sich hiernach nicht erfüllt. Der Jahresbetrag der Vergütungen ist von 127 000 M. im Jahre 1895 auf weniger als ein Drittel dieser Summe im Jahre 1899 herabgegangen und hat sich auch nach 1900, obwohl durch die Gesetzgebung dieses Jahres der Vergütungssatz für einen Teil der in Betracht kommenden Geschäfte verdoppelt wurde, nur auf 50 000 bis 55 000 M. gehoben, so daß man den Stimmen nicht unrecht geben kann, die ein baldiges völliges Verschwinden dieses für den internationalen Zahlungsausgleich kaum entbehrlichen Geschäftszweigs vorherlag.“

Eine Aufhebung der Abgabe von ausländischen Wertpapieren, so wird dann behauptet, sei jedoch nicht möglich, wenn auch zugegeben werden müsse, daß der Ausfall an Wertstempel bis zu einem gewissen Grade durch eine Mehreinnahme an Umsatzstempel ausgeglichen werde; denn aus nationalen Gesichtspunkten sei es nicht angängig, die aus dem Auslande auf den deutschen Markt kommenden Aktien und Schuldverschreibungen steuerfrei zu lassen, während die inländischen Werte gleicher Art einer Abgabe unterlägen. Deshalb könne nur von einer Erleichterung der Steuererhebung die Rede sein, und diese Erleichterung bestehe darin, daß der Abgabebetrag für die in deutschen Besitz gelangenden Stücke von den — ausländischen oder inländischen — Interessenten im ganzen gezahlt und dafür von der Besteuerung des einzelnen Stückes bei Einführung in den Verkehr des Inlandes abgesehen wird.

Eine recht eigenartige Argumentation, die sich als ein völliger Rückzug der Regierung von dem früher von ihr eingenommenen Standpunkt darstellt. Allerdings die vollen Konsequenzen wagt sie aus Furcht vor dem Besetze auch heute noch nicht aus ihrer eignen Begründung zu ziehen. —

Der Fall Rasi vor der italienischen Kammer. Rom, den 24. März. (Fig. Ver.) Einstimmig hat das italienische Parlament heute die Einsetzung einer Erhebungskommission über die Bewaltung des öffentlichen Unterrichtswesens in den Jahren 1901 bis 1903 beschlossen. Vor einem „überfüllten Hause“, das merkwürdig von der Rede der letzten Wochen abfiel, hat Bissolati folgende Tagesordnung begründet:

Die Kammer beschließt nach Kenntnisnahme des Referats Saporitos und des Votums des Ausschusses der Budgetkommission, einem Komitee von 5 Abgeordneten die Fortführung der Erhebungen des Ausschusses über das Konjunktionsbudget des öffentlichen Unterrichts in den Jahren 1901—1903 zu übertragen und betraut den Kammerpräsidenten mit der Ernennung dieses Komitees. Rettungsvorschläge wurden keine gemacht, nur versuchte Rasi, eine eigne Tagesordnung durchzubringen, die ohne Bezugnahme auf dies Referat Saporitos die Erhebungskommission einsetzte. Mit einer an moral insanity grenzenden Freiheit erklärte Rasi, er sähe dem Lauf der Dinge mit Ruhe entgegen, da er sich nichts vorzuwerfen habe. Als er gewahrt wurde, daß er nur bitter wenig Gegenliebe fand, zog er seine Tagesordnung zurück. Es wurde nur gemurmelt und kommentiert; applaudiert hat keiner. Ein zweiter zaghafter Versuch, dem über Bord geworfenen zu helfen, wurde von Marinazzi gemacht, der der Erhebungskommission keinen Zeitpunkt für ihre Berichterstattung festgesetzt sehen wollte. Die Kammer nahm aber mit großer Mehrheit den Infanzantrag Ciccoiti an, der als Termin für die Vorlegung des Berichts der Erhebungskommission den 31. Mai festsetzt.

Jetzt steht nun der Antrag der Staatsanwaltschaft bevor, gegen den Abgeordneten Rasi auf Grund der ihm im Bericht Saporitos zur Last gelegten gemeinen Verbrechen vorzugehen. Bissolati hat die Notwendigkeit, die gerichtliche Voruntersuchung Hand in Hand mit der Parlamentsenquete vorzugehen zu lassen, mit großer Energie betont. In der That liegt die Gefahr vor, daß ohne gerichtliche Beschlagnehmung der Dokumente die corpora reati unterschlagen werden.

Am Schluß der Kammeritzung verkündete Biancheri die Namen der Abgeordneten, auf die seine Wahl gefallen ist. Es sind Veronini (Soz.), Cappelli Gorio, Chiupussi (ministerielle Linke) und Guicciardini (Sonninianer).

Eine Sitzung, in der das Parlament einstimmig die Tagesordnung eines Sozialisten annahm, ist übrigens ein Anzeichen in der parlamentarischen Geschichte Italiens. —

Die Schandwirtschaft der Händler im Hereros-Land beleuchtet traf ein Bericht des Majors Leutwein vom 2. Januar 1899, den die „National-Zeitung“ veröffentlicht. In dem Bericht heißt es: „Es werden Schulden eingeklagt, die bereits zehn bis fünfzehn Jahre zurückdatieren. Da es ganz unmöglich ist, deren Richtigkeit zu kontrollieren, während die Eingeborenen zwar auch Genuß nicht mehr wissen, aber erstlich genug sind, nicht in Abrede zu stellen, daß sie in der fraglichen Zeit mit dem betreffenden Händler überhaupt Geschäfte gemacht hätten. Um nur ein Beispiel zu erwähnen, so wurde das jetzige Stationshaus in Beishanien seiner Zeit seitens des dortigen Kapitäns einem englischen Händler für 6000 M. zum Verkauf angeboten. Sofort hatte der letztere zur Deckung des Kaufpreises eine alte Schuld von gleicher Höhe zur Hand. Als dann die Regierung den Kaufpreis für zu niedrig erklärte und denselben auf 20 000 M. festsetzte, präsentierte der Händler eine weitere alte Schuldforderung von 14 000 M.“

Die „National-Zeitung“ fügt diesem Bericht hinzu: „Anmerkung für die Herren Sozialdemokraten: Der Händler war in diesem Fall ein englischer Händler.“

Wir hatten das auch ohne diese Anmerkung dem Bericht Leutweins zu entnehmen vermocht. Es war diesmal ein Engländer; aber Leutwein erklärt doch selbst, nur ein Beispiel anzuführen zu wollen. Am liebsten aber spricht er allgemein von dieser lukrativen Händlerpraxis, unkontrollierbare Schulden einzuklagen! Und da der Hof der Hereros, die doch am besten wissen mußten, wer sie am schlimmsten auswucherte, sich in erster Linie, ja sogar fast ausschließlich, gegen die deutschen Händler richtete, wird wohl auch die „National-Zeitung“ einzusehen nicht umhin können, daß auch die deutschen Händler, und gerade sie in erster Linie, mit den Hereros übel umgesprungen sein müssen! —

Eine Ausdehnung der Feme des vornehmsten Kods

wird in der „Post“ wegen des Falles Vaudissin dringend empfohlen. Dem Blatt wird von militärischer Seite geschrieben:

Der Umstand, daß gegen den Verfasser der „Erflassigen Menschen“ nicht ehrengerichtlich eingeschritten wird, dient der sozialdemokratischen und sonstigen militärfeindlichen Presse als willkommene Unterlage für die Unterstellung der Ungangbarkeit dieses Weges, weil das genannte Buch eine wahrheitsgetreue Schilderung der Verhältnisse innerhalb des Offiziercorps, besonders der Garde-Regimenter enthält. Der Weg wäre seitens der Militärbehörde schon längst beschritten worden, lände nicht ein unübersteigliches Hindernis entgegen — daß nämlich der Oberleutnant a. D. Graf von Vaudissin nicht mehr den Ehrengerichten untersteht. Nach § 4 der allerhöchsten, jedermann zugänglichen Verordnung über die Ehrengerichte vom 2. Juni 1874 sind denselben nur diejenigen Offiziere a. D. unterworfen, welchen das Recht zum Tragen der Uniform verliehen worden ist. Dies trifft bei dem Grafen Vaudissin nicht zu.

Rum tritt bei den ehrengerichtlichen Bestimmungen folgendes, leider sehr recht bedenklich gewordenes Verhältnis ein: Ein die Berechtigung zum Tragen der Uniform besitzender Offizier a. D. kann nach § 51 der Verordnung wegen ehrenrühriger Vergehen schwerwiegender Art mit Entfernung aus dem Offiziersstande bestraft werden. Dies schließt nach § 53 nicht nur den Verlust der Uniform, sondern auch des Offizierstitels in sich. Einen milderen Spruch hätte wohl kein deutsches Offiziercorps einer derartig unerhörten, durch und durch unehrenhaften Schmachthat wie den „Erflassigen Menschen“ gegenüber der allerhöchsten Behörde unterbreitet.

Demgegenüber sind die ohne Uniform verabschiedeten Offiziere glänzender gestellt. Lediglich um ehrenrühriger Handlungen willen kann ihnen der Offizierstitel nicht genommen werden. Für sie giebt erst der Zusammenstoß mit dem bürgerlichen Reichs-Strafgesetzbuch — §§ 31 bis 34 — die Handhabe hierzu. Da aber das Recht zum Tragen der Uniform nur infolge der Teilnahme an einem Feldzuge oder nach langjähriger vorwärtsfreier Dienstzeit gewährt wird, so befindet sich gerade der jüngere verabschiedete, weniger gereifte und leichter entgleisende Teil in der unangenehmsten Stellung. So ist es also nur zu erklärlich, daß Räumern, deren mehrertheilte Handlungsweise mit dem Geist und den Anschauungen im Offiziercorps in grellem Widerspruch steht, der Name als Offizier belassen werden muß.

Die „militärische Seite“ macht deshalb den Vorschlag, daß künftig gegen alle Offiziere durch ein Offizierehrengericht auf Austreibung aus dem Offiziersstande erkannt werden müsse.

Was durch eine solche Ausdehnung der ehrengerichtlichen Offiziersfeme dem Volke gegenüber geändert werden könnte, ist uns nicht recht verständlich. Wenn ein Offiziersehrengericht den Grafen Vaudissin des Rechtes, den vornehmsten Kods zu tragen, für verlustig erklären würde, so würde das Publikum darin nicht eine Wiederlegung der Vaudissinschen Darstellung erblicken, sondern lediglich die Aktion eines aus falschem Ständebewußtsein befangenen Tribunals. Würde doch das Offizier-Ehrengericht nur als Vertreterin des angeklagten Offiziercorps gelten!

Inzwischen ist gegen den Verfasser der „Erflassigen Menschen“ auf Grund der §§ 185, 194, 196, 200, 40 (wegen Verleumdung, Verleumdung von Mitgliedern der bewaffneten Macht, speziell öffentlicher Verleumdung, Anklage vor dem bürgerlichen Gericht erhoben worden. Man scheint also, wie im Fall Wisse, die Absicht von Porträtmöglichkeit entdeckt zu haben und nun beweisen zu wollen, daß die Porträts nicht naturgetreu wiedergegeben sind. —

Dem christlich-socialen Reichstags-Abgeordneten Dr. Vurthardt

ist an Gerichtsstelle ein Zeugnis ausgestellt worden, das er sich nicht an den Spiegel stecken wird, daß aber dem Specialfreund Siders noch oft vor Augen gehalten werden dürfte. Der fromme Ex-aposteler hatte den Redakteur des nationalliberalen „Herborner Tageblattes“ wegen Verleumdung verurteilt und erzielte auch die Verurteilung zu 80 M. Geldstrafe vor dem Schöffengericht. Aber weit schmerzlicher, wie dem Zeitungsmenschen die 80 M. Strafe, dürfte dem frommen Kläger die Ausfaltung eines bestimmten Teils seines Klagearttrags gewesen sein. Der beklagte Redakteur hatte dem Dr. Vurthardt u. a. vorgeworfen, er habe an der Hand einer viel besprochenen Rede seines nationalliberalen Vorgängers im Mandate wissenschaftlich unwahre Behauptungen verbreitet. Da der Beklagte nach dieser Richtung hin einen schlüssigen Wahrheitsbeweis führte, wurde er wegen dieser angeblichen Verleumdung freigesprochen. Das Gericht sprach ausdrücklich aus: es sei das gute Recht der Segner Vurthardts gewesen, das Verfahren des letzteren als nicht aufrichtig zu kennzeichnen. Die Herren Gerstenderger und Vurthardt sollten sich als Inhaber gerichtlicher Ämter für behauptete außerordentliche Wahrheitsliebe neben einander setzen. —

Der Fall Eras-Pfister vor dem Ober-Kriegsgericht.

München, 27. März. (Fig. Ver.)

Die Berufung des Einjährig-Freiwilligen Eras vom Infanterie-Regiment, der wegen verleumderischer Verleumdung eines Vorgesetzten, falscher Anschuldigung und Verschüßens von Gebrechen vom Kriegsgericht zu vier Monaten Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt wurde, kommt morgen vor dem Ober-Kriegsgericht zur Verhandlung. Die Sache verdient schon aus dem Grunde allgemeine Beachtung, weil es der bayrische Kriegsminister für notwendig befunden hat, noch vor der Erledigung des ordentlichen gerichtlichen Verfahrens in öffentlicher Parlamentsitzung Stellung zu nehmen und unter festigen Schmahlungen den Stab über Eras zu brechen. Dazu kommt noch, daß sich inzwischen verschiedene Behauptungen des Angeklagten,

denen man vor der ersten Instanz keinen Glauben beimah, als richtig erwiesen haben, so daß jetzt selbst in militärischen Kreisen die Anschauung besteht, Eras müsse freigesprochen werden. Unter solchen Umständen wird es doppelt interessant sein, zu sehen, welchen Einfluß die vorzeitige Stellungnahme des Kriegsministers auf die militärische Rechtsprechung hat.

Ueber die Verhandlung vom Montag wird dem „V. Z.“ telegraphisch:

In der Beratungsbekanntmachung Eras hielt der Centrums-Abgeordnete Dr. Pflüger seinen Standpunkt, daß der Kriegsminister die ganze Angelegenheit nur vertraulich habe behandeln dürfen, aufrecht. Dagegen trat er hinsichtlich des Vorwurfs, der Kriegsminister habe in einem schwereren Falle die Sache unter der Hand erledigt, einen eigentümlichen Rückzug an. Er habe nimmermehr erfahren, daß in dem angezogenen Falle der Kriegsminister nach der ganzen Lage keinen Anlaß gehabt habe, die Sache zu erledigen; er habe, ihn über diesen Punkt der weiteren Auslage zu überheben, damit die von ihm heute als Zeuge zu machende Aussage nicht gegen ihn als Angeklagten in dem Beleidigungsprozeß verwendet werden könnte, den der Kriegsminister gegen ihn angestellt habe.

Wegen Majestätsbeleidigung erhielt der wandernde Handwerker Status aus Gahna in Schlesien sieben Monate Gefängnis. Die beleidigende Neuerung ist zu einer Anzahl Zehnjährigen beim Streik um Militärfragen in einem Gasthause gefallen.

Ausland.

England.

Arbeiter-Demonstration.

London, 20. März. (Eig. Ber.) Die seit Wochen vorbereitete Demonstration gegen die Chinesen-Einfuhr nach Südafrika fand heute statt. Die Demonstration bestand aus liberalen, gewerkschaftlichen und socialistischen Organisationen, die mit ihren Fahnen und Musikkapellen durch die belebtesten Straßen Londons nach dem Hyde-Park zogen. Die Prozession war nicht erfolgreich. Im Zuge marschierten ungefähr 4000 Personen, denen sich im Hyde-Park, wo 14 Wagen als Tribünen aufgestellt waren, noch etwa 6000 Personen anschlossen. Von den Rednern hatte John Burns den meisten Zuspruch; um seine Tribüne waren etwa 4000 Personen versammelt. Vor Schluß des Meetings wurde folgende Resolution verlesen und angenommen:

„Diese Massenversammlung, die sich aus Vertretern aller Schichten der Londoner Bevölkerung zusammensetzt, protestiert nachdrücklich gegen die Handlung der Regierung, indem sie die Erlaubnis erteilt, kontraktlich gebundene und Sklavenartigen Bedingungen unterworfenen chinesische Arbeiter nach Südafrika einzuführen. Wir fordern die Regierung auf, die neue Kolonie gegen die Eier der Kapitalisten zu schließen sowie das britische Reich gegen Entwürdigung.“

Von der Tribüne der Socialdemokratischen Föderation wurde noch folgende Zusatzresolution verlesen:

„Indem wir uns dem Protest gegen die Chinesen-Einfuhr anschließen, erkennen wir an, daß die Handlungsweise der Regierung die logische Folge einer gesellschaftlichen Ordnung ist, in der die Produktionsmittel in den Händen einer Klasse sind, die sie in ihrem eignen Interesse benützt und der übrigen Menschheit Versklavung und Degradation bringt. Diese Versklavung ist deshalb der Ansicht, daß das Ziel der Arbeiter aller Länder sein muß, ihre Befreiung aus der Sklaverei des modernen Kapitalismus durch die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel zu erlangen.“

Die Nachwahl in Pischopau-Marienberg.

Ueber das Wahlergebnis im 20. sächsischen Kreise liegen bereits eine größere Anzahl Meinungsäußerungen in der Parteipresse vor, die wir auszugeweiht mitteilen. Hören wir zunächst die nächstbeteiligten sächsischen Blätter. Die „Chemnitzer Volksstimme“ schreibt vorläufig nur dies:

„Die Erklärung (für die Zunahme der Stimmen unserer Gegner) liegt darin, daß sie mit den denkbar unsaubersten Mitteln gearbeitet haben, die bei dem politisch ungeschulten Teile der Wähler leider noch verfangen. So bedauerlich der Verlust des Mandats ist, immerhin zeigt das Wahlergebnis, daß unsere Partei einen so großen Stamm überzeugter Anhänger im 20. Kreise hat, daß es nur noch des Ausbaues der Organisation bedarf, um den Kreis nicht nur wiederzuerobern, sondern ihn auch zum sichern Besitz der Partei zu machen. Wegen die Wahl wird Protest eingelegt werden, u. a. deshalb, weil zahlreiche Wähler wegen Wechsels ihres Wohnorts im Kreise von der Urne zurückgewiesen worden sind.“

Das „Sächsische Volksblatt“ in Jwidaun bezeichnet die Zurückweisung solcher Wähler, welche aus einem Wahlbezirk in den andern gezogen sind, als die Hauptursache der Niederlage und fährt dann fort:

„Von manchen Parteigenossen wird freilich auch vermutet werden, daß auch der Fall Göhre zum Teil Schuld an dem Mißerfolg trage, daß die Aufstellung seiner Person als Kandidat den Sieg gesichert hätte. Das letztere kann sein. Ein Beweis dafür ist nicht vorhanden. Selbst Auer, Nebel und Liebnicht sind schon unterlegen. Ebenso ist kein Beweis dafür vorhanden, daß die Göhre besonders geneigten Genossen nicht ihre Schuldigkeit getan haben oder sie wenigstens getan hätten, wenn ihnen die Gefahr des drohenden Verlustes nur ausreichend bekannt geworden wäre. Vergessen wir aber nicht, daß zwischen der Aufhebung des Stichwahltages und diesem Tage selbst nur vier Tage liegen, und daß diese, sicherlich nicht ohne Abtät gewählte Knappheit der Frist keineswegs ausreichend war, um den etwa der Hauptwahl ferngebliebenen Wählern die Gefahr vor Augen zu führen und sie zu veranlassen, die Partei über alles, also auch über persönliche Reigungen zu stellen. Wie gesagt, diese Agitation ist durch Schuld der Behörden unmöglich geworden. Aber wenn wirklich die Befürchtung, daß die Personenfrage Bedeutung für den Ausgang gehabt habe, richtig sein sollte, so müssen wir wieder auf die Geschichte und die Tattat der Partei verweisen. Wir wissen uns in Uebereinstimmung mit der Geschichte und den Vorläufern der Partei, wenn wir sagen: „Wer ohne jeden Vorbehalt Socialdemokrat ist, wählt nicht die Person, sondern die Partei!“ Das sagen wir ohne Spitze, weil eben kein Beweis gegeben ist, daß das Gegenteil ausschlaggebend gewesen sei im Wahlkreise Pischopau-Marienberg.“

Aus der „Leipziger Volkszeitung“ citieren wir: „Es mögen mehrere ungünstige Momente solcher Natur mitgewirkt haben. Die Organisation des Wahlkampfes klappte auf socialdemokratischer Seite nur mangelhaft; die Agitation durch die Presse und durch Flugblätter war mit wenigen Ausnahmen matt und leidenschaftlos und ging über die Köpfe der Wähler hinweg, während die Antisemiten in der Ausschlagung des Dresdener Parteitag, der Verlegung der Pererektive usw. mehr Organe einer wüsten und schamlos verlogenen Demagogie feierten und diesmal auch auffallend gut und zahlungsfähig organisiert waren. Es rächte sich jetzt, daß das Prestige der Socialdemokratie in diesem Kreise fast ganz auf den zwei Augen Rosenow's geruht hatte; eine improvisierte Wahlkreisorganisation konnte unmöglich erliegen, was die jähre und stille Arbeit des früheren Vertreters an persönlicher Popularität gerade in diesem Kreise aufgeschwemmt hatte. Allein auch wenn man alle diese zufälligen Faktoren totaler Ungunst in Rechnung stellt, bleibt „ein Nest, zu tragen peinlich“ für die socialdemokratische Partei.“

Es ist unverkennbar, und es wäre freible Thorheit, sich die Augen davor zu verschließen, daß ein Teil der Wählererschaft durch die Vorgänge, die sich bei der Aufstellung und Zurückziehung der Kandidatur Göhre abgespielt hatten, kopscheu geworden war. Und zwar waren das gerade diejenigen Wähler, die das Gros der Wähler bilden und deren Wahl in Wahlkreisen von der Zusammenfassung des 20. sächsischen Kreises den Ausschlag giebt. Es giebt unter diesen ergebnisreichen Arbeitern zahlreiche Schichten, die der Socialdemokratie mehr mit dem Herzen und mit ihrer Sympathie als aus unerschütterlicher Ueberzeugung folgen, die wohl

Rosenow und vielleicht auch Göhre an, die aber nicht unter allen Umständen Socialdemokratie sagen. Da wäre es nun die gegebene Aufgabe der socialistischen Tagespresse, den socialdemokratischen Gedanken nicht in zartfühlender Anlehnung an alle möglichen Vorurteile und liebgeordneten Ueberlieferungen, sondern in grundsätzlicher proletarischer Schärfe zu vertreten und den Kampf gegen den jähren Nebel der Tradition, der von Urwäter Zeiten her auf diesen Gegenden lastet, nicht mit sanftem Säufeln, sondern mit kräftigen Sturmstößen aufzunehmen. Allein das Chemnitzer Parteiorgan zählt in diesem Kreise, den die Socialdemokratie in zwei Wahlgängen erobert hat, nicht mehr als 1200 Abstimmer! Da hat freilich die verlogene Amtsblattpresse ein „grobes Publikum“, und wenn dann einmal ein allgemeines Reflektieren gegen die Socialdemokratie einsetzt, so darf man sich nicht allzusehr wundern, wenn viele Wähler schwankend und vorübergehend an der Socialdemokratie irre werden.“

Es läge an dieser Stelle ja auch nahe, auf das ganze Vorbild dieses Dramas zurückzukommen, das bis auf Dresden zurückgeht und heute weder sachlich noch geschichtlich abgeschlossen ist. Wir behalten uns das jedoch vor für den Fall, daß man von anderer Seite versuchen sollte, die Entwertung des Knotens an diesem Ende anzufassen. So viel aber mag heute schon gesagt sein: immer noch besser als ein Sieg, der auf den Namen dieses oder jenes Kandidaten errungen worden wäre, ist eine socialdemokratische Niederlage, die „auspricht was ist.“ Ein solcher Scheinieg hätte alle Nachteile des Sieges, er würde die Partei siegesicher und unthätig machen, wo dies am wenigsten begründet wäre, während eine Schlappe der Partei zeigt, wo es noch fehlt, und ihr eine Mahnung ist, ihre Waffen zu schärfen und ihr Arsenal auszubessern.“

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ erörtert auch die Art der Agitation unserer Gegner und hebt dabei hervor, daß viel mit der Aufhebung eines Teiles des Jesuitengebietes gearbeitet worden sei. Ferner teilt sie mit, daß infolge von Krankentagenstreitigkeiten in Pischopau einige Arbeiter zu Gunsten der gegnerischen Kandidaten agitiert haben. Ueber die bei uns selbst liegenden Ursachen der Niederlage schreibt sie:

„Die Niederlage mag uns lehren, daß die Friedensarbeit nicht erlassen darf, daß namentlich eine gute Organisation der Partei erst den eroberten Besitz verbürgt. Die Schulung der Wählererschaft, das ist die Bürgschaft des Sieges. Wenn nicht um der Person des Kandidaten, sondern um der Grundzüge der Partei willen der Wähler sich entscheidet, wenn er nicht mehr durch untergeordnete Tagedeindrücke sich wanken lassen in seiner politischen Richtung, dann sind alle demagogischen Lügenlätze der Gegner umsonst. Der überwiegende Teil der socialdemokratischen Wähler des 20. Wahlkreises hat diese gute Schulung bewiesen. Ein immerhin nicht unerheblicher Teil aber hat sich als unzuverlässig erwiesen. In jedem Wahlkreise wird sich natürlich in der socialdemokratischen Wählererschaft ein gewisser Prozentsatz solcher Wähler finden, um das von unsren Gegnern gern gebrauchte Wort anzuwenden. Bei jeder Wahl kommen neue Scharen heran, sie sind die neuen Rekruten der Partei, das neue Blut, das ihr zufließt, und deshalb freudig zu begrüßen. Aber die Wählererschaft muß im gefunden Verhältnis zur Masse der wirklichen Parteimänner stehen. Die Parteigenossenschaft muß ständig an ihr zehren, ständig Teile von ihr sich einverleiben. Das muß die Wirkung der Arbeit in der Friedenszeit sein. Wird sie lässig oder in ungeeigneter Weise betrieben, so wird die Größe der Wählererschaft im Verhältnis zur Parteigenossenschaft zu stark. Und wir wollen es offen aussprechen, daß eine Agitation, die das Schwergewicht ihrer Arbeit in die Anpreisung der persönlichen Vorzüge des Kandidaten legt und die Auseinandersetzung um die großen Gesichtspunkte des Kampfes der Parteien in den Hintergrund treten läßt, nicht sehr geeignet ist, die Wählererschaft zu schulen und zu festigen. Wir fürchten, daß die sympathische Persönlichkeit des leider zu früh verstorbenen Genossen Rosenow im 20. Kreise bei der Agitation ein wenig zu viel als Argument verwandt worden ist. Solche Fehler hat dann nachher bei einem Kandidatenwechsel noch jedesmal die Partei zu büßen gehabt.“

Aus dem Bestreben heraus, durch die Person des Kandidaten den Gegner von vornherein in Nachteil zu versetzen, durch eine „zugkräftigen“ Kandidaten den Sieg zu sichern, ist es auch wohl erklärlich, daß die Genossen des 20. Wahlkreises den Fehler begingen, das Mandat einem Genossen anzutragen, der durch seine Eigenschaft als Pastor a. D. und seine Vergangenheit die Erfordernisse zu erfüllen schien, die man an einen „zugkräftigen“ Kandidaten stellt, der aber erst einige Zeit vorher einen Verstoß gegen die Parteidisziplin begangen hatte, der seine abermalige Betrauung mit einem Reichstags-Mandat für geraume Zeit hätte unmöglich machen müssen. Daß durch den Fall Göhre die Chancen der Partei nicht verbessert wurden, daß die Wählererschaft dadurch zum Teil verwirrt worden ist, liegt auf der Hand. Man soll aber für diesen Umstand die verantwortlichkeit machen, die den Fall Göhre geschaffen haben, d. h. die, die das Mandat dem Genossen Göhre angetragen haben. Ein stillschweigendes Hinnehmen dieser Kandidatur durch die Partei war unmöglich.“

Die Wahl im 20. Kreise kann uns lehren, daß die Ueberhöhung der Persönlichkeit für die Partei von Uebel ist, daß allein eine grundsätzliche Agitation dauernde Siege verbürgt.“

In den außerordentlichen Parteiblätern interessiert vor allen Dingen die selbstkritische Seite des Urteils über den Wahlausfall. In dieser Beziehung schreibt das „Hamburger Echo“:

„Das Beispiel der Kandidatur Göhre ist mit Schuld an dem Verlust des Wahlkreises. Das Selbstbestimmungsrecht der Genossen der einzelnen Kreise in allen Ehren! Aber es so anzuwenden, daß ein Mann, der eben ein Reichstagsmandat niedergelegt und damit einen Kreis vor eine arbeitreiche und kostspielige Reuwahl gestellt hat, nun plötzlich wieder in den Vordergrund gestellt wird, ist mehr als bedenklich. Denn die Kämpfe um den durchaus notwendigen Rücktritt Göhres! Die Erziehung im 20. sächsischen Wahlkreise ist eine sehr unerfreuliche Episode in unsrer ruhmreichen Parteigeschichte. Würde es die letzte sein und mögen die Genossen überall daraus die rechte Lehre ziehen, die Lehre nämlich, daß die höchsten Ehrenämter der Partei nicht nach Augenblicksimpatien vergeben werden sollen, daß Wahlen nicht zu Demonstrationen für vermeintlich zu Unrecht Gefährte benutzt werden dürfen.“

Das „Volksblatt für Harburg“:

„Die Dinge liegen zweifellos so, daß der peinliche und häßliche Kandidatenstreit, der dieser Wahl voranging, die Position der Socialdemokratie im Kreise in der nachteiligsten Weise beeinflusst hat. Kein Zweifel, daß mit Göhre der Kreis glatt gewonnen worden wäre, Göhre ist bekannter und wohl auch beliebter im Erzgebirge als der Genosse Pinau, der zwar sehr lange schon in der Bewegung steht, in den letzten Jahren aber sich mehr von der Agitation zurückgezogen hat. Nun wäre es aber ein Trugschluß, wollte man daraus folgern, daß die Kandidatur Göhres hätte bestehen bleiben sollen. Göhre ist ein für socialdemokratische Ehrenämter von der Wichtigkeit und Bedeutung eines Reichstagsmandats vorläufig noch gänzlich ungeeigneter Genosse. Das hat er selbst vor Monaten erst zur Evidenz bewiesen; in knapp einem halben Jahre aber wird ein unheimlicher Hysterie, der eines Quartes wegen schon seine Fassung verliert, nicht zum gegesigten Charakter. Also nicht daran liegt der Fehler, daß man die Kandidatur Göhres vereitelte, sondern vielmehr daran, daß es Genossen gab, die so unerbittlich thöricht und kindisch waren, einem Manne wie Göhre die Kandidatur zu übertragen. Und weiter daran, daß Göhre — seinen nach dem Parteitag gegebenen Versprechungen entgegen — mir nichts, dir nichts die Kandidatur annahm und durch seine hartnäckig-eigensinnige Weigerung, sie fallen zu lassen, als Widerstand sich bemerkbar machte, den Kandidatenstreit heraufbeschwor. Bei den Genossen des Kreises Pischopau-Marienberg und dem Genossen Göhre dazu hat sich die Partei für die Schlappe zu bedanken, die ihr der denkwürdige 18. März und der 25. März beschert haben.“

Die „Volksstimme“ in Frankfurt a. M.:

„Nächst dem mit allem Nachdruck ausgesprochen bedrücklichen Wahlmandat, Verzogen nicht am Orte ihrer alten Entzöhung in die Wählerliste abstimmen zu lassen, hat die Disziplinlosigkeit in unsren

eigenen Reihen, zu der Göhre das Beispiel gegeben hatte, offenbar als hartnäckiger Trog bis zur gestrigen Stichwahl gewirkt, sonst könnten wir nicht wiederum um 2400 Stimmen hinter unsrer Ziffer vom Vorjahre für Rosenow zurückgeblieben sein. Ob Göhre und seine Verteidiger das Spielen mit Mandaten nicht jetzt endlich als das Verhängnisvollste erkennen, was in unsrer Partei einreißt kann?“

Die „Reichische Tribüne“ in Gera nennt das Wahlergebnis eine Schmach für die Partei, zu der der Göhre-Standal nicht wenig beigetragen habe.

Die Magdeburgerische „Volksstimme“ schreibt: „Es ist kein Zweifel: die Schuld an unsrer Niederlage tragen die Vorkommnisse vor der endgültigen Proklamierung des Kandidaten. Es ist kein Zweifel, daß, wenn der Wille der Genossen des Kreises, die Göhre haben wollten, nicht gebrochen worden, der Kreis uns erhalten geblieben, daß es dann nicht einmal zu einer Stichwahl gekommen wäre.“

Nun ist mit dieser Stichwahl uns ein Wahlkreis sogar entrisen worden, der nach dem 16. Juni allgemein als ein bombensicherer bezeichnet wurde. Da wird nun in aller Ruhe, aber auch mit aller Gründlichkeit die Frage zu untersuchen sein, welche Lehren wir für unsre Partei-Arbeit aus dem vor dem 18. März noch für völlig möglich gehaltenen Verlust des 20. sächsischen Wahlkreises zu ziehen haben.“

„Volksblatt für Halle“: „Auf der andren Seite allerdings mag auch die Partelleistung aus dem Mißmut, der im Rückgang der socialdemokratischen Stimmen zum Ausdruck gelangt ist, erlernen, daß es nicht geraten war, die Kandidatur Göhre durch eine andre zu ersetzen, nachdem die Kreisvertretung nun einmal mit so großer Einmütigkeit den Genossen Göhre als Kandidaten proklamiert hatte.“

„Volksstimme“ Hannover:

„Wer hätte diesen Ausgang für möglich gehalten! Daß ein Teil der Wähler, nachdem entgegen den Traditionen der Partei ihnen ein nicht genehmer Kandidat aufgenötigt und dadurch ihr demokratisches Empfinden tief verletzt worden, im ersten Waffengange der Wahlurne fern blieben, war schon ein schwer verzeihlicher Fehler, der zu dem von anderer Seite begangenen nicht noch erst hinzugefügt werden brauchte, aber daß sie auch am Stichwahltag noch schmolzen, ist unverzeihlich. Der Verlust eines Kreises, der im Haupttreffen vorigen Jahres mit einer Mehrheit von fast 4000 Stimmen behauptet worden, ist ein recht schmerzlicher, zumal in der gegenwärtigen Zeit, wo alle Umstände der Socialdemokratie in die Hände arbeiteten.“

Der Ausgang der Wahl in Pischopau-Marienberg ist für die Socialdemokratie eine harte, hoffentlich aber auch eine heilsame Lehre.“

„Vergische Arbeiterstimme“ in Solingen:

„Genosse Pinau hat nur annähernd 750 Stimmen mehr erhalten als in der Hauptwahl, ein Umstand, der uns zu der Vermutung berechtigt, daß eine große Anzahl Genossen aus Unmut darüber, daß Göhre nicht kandidieren durfte, auch Pinau nicht gewählt hat. Ein Zeichen mehr dafür, daß man die Prinzipienreiterei nicht zum Schaden der Partei auf die Spitze treiben darf.“

„Rheinischer Volkszeitung“:

„Eine Hauptschuld an dieser bedauerlichen Niederlage dürfte unsres Erachtens dem Umstande zuzuschreiben sein, daß die sächsische Parteileitung den Parteigenossen des Wahlkreises gegen deren ausdrücklichen Willen einen andren Kandidaten aufdrängte.“

„Volksstimme“ Mannheim:

„Unsren Stimmenrückgang auf Ursachen allgemein politischer Natur zurückzuführen, sie am Ende gar als einen Erfolg der Wälvölkischen Socialistenfresserei hinzustellen, wäre so verkehrt als nur möglich. Nein, nicht draußen, sondern im Innern der Partei sind u. a. die Ursachen unsres beschämenden Mißerfolges zu suchen; denn Vorkommnisse, wie sie sich bei uns nach der Auffstellung Göhres anstelle des verstorbenen Rosenow abspielten, müssen selbst im roten Sachsen mit einer wohlgeordneten Parteigenossenschaft für unsre Sache schädigend und auf den Arbeitseifer unsrer Genossen lähmend wirken. Göhre wäre — darüber sind wir keinen Augenblick im Zweifel — im ersten Wahlgang mit glänzender Mehrheit gewählt worden. Die Stimmung im Kreise war, das haben die Versammlungen gezeigt, die sich mit seiner Aufstellung beschäftigt, für ihn die denkbar günstigste. Statt sie nun im Interesse der Partei auszunutzen, fuhr man von oben herab mit Donnerkeulen dagewischen und schlug mit der Ausschaltung des souveränen Selbstbestimmungsrechtes der Wahlkreisangehörigen den Parteigenossen des 20. sächsischen Kreises geradezu ins Gesicht. Der Werber unsrer Leute wurde dadurch in geradezu ungläublicher Weise abgelehnt, der ganzen Agitation Sarnid und Schwungkraft genommen.“

Die Folgen liegen jetzt zu Tage, und wir wollen hoffen, daß die bedauerliche Niederlage wenigstens das Gute haben wird, daß man an den in Frage stehenden Stellen zu der Erkenntnis der Notwendigkeit kommt, in Zukunft ähnliche Mißstände zu vermeiden und dadurch unsrer Bewegung unangenehme Rückschläge zu ersparen.“

Andre, wie der „Volksbote“ in Stettin, „Lübecker Volksbote“, „Bremer Bürger-Zeitung“ und „Volksblatt für Anhalt“ sprechen gleichfalls von Fehlern, die gemacht worden sind, ohne jedoch erkennen zu lassen, bei wem sie die Fehler suchen.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der Jwed der Polizeistunde. In Braunschweig fordert die Polizei seit einiger Zeit regelmäßig, daß Arbeiterversammlungen um 11 Uhr geschlossen werden, ganz ohne Rücksicht darauf, ob die Polizeistunde für das betreffende Lokal eingetreten ist oder nicht. So auch im Gewerkschaftshause, das bisher um 12 Uhr Polizeistunde hat. Schon vor einiger Zeit verlangte der überwachende Beamte den Schluß einer Versammlung in diesem Lokal um 11 Uhr, also eine Stunde vor Eintritt der Polizeistunde. Man leistete ihm keine Folge. Bei der nächsten Versammlung wurde dem Verantwortlichen des Lokals polizeilich eröffnet, wenn die Versammlung nicht um 11 Uhr geschlossen würde, so sei mit demselben Augenblick die Polizeistunde von 12 Uhr auf 11 Uhr herabgesetzt.

Aus Industrie und Handel.

„Helios“ und Berliner Bank.

Nun, nachdem ihr die „Rheinische Zeitung“ vorangegangen ist, äußert sich auch die „Köln. Ztg.“ zu der Uebernahme der Bank für elektrische Industrie (in die vorher die Electricitätsgesellschaft Felix Singer u. Co. aufgegangen war) durch die „Helios“-Gesellschaft. „Wie uns berichtet wird“, schreibt das Blatt der rheinischen Großindustriellen, „hat die Staatsanwaltschaft Erhebungen über gewisse Vorgänge bei dieser Gesellschaft eingeleitet. Die sich vor Aufstellung des Rechnungsabchlusses für das Geschäftsjahr 1899/1900 abgespielt haben. Bekanntlich hatte der „Helios“ für dieses Jahr noch einen Reingewinn von 1 663 045 M. angediesen und 7 Proz. Dividende verteilt. In dem Geschäftsbericht, der diesem Abschluß beigegeben war, wurden über eine Reihe von Tochtergesellschaften des „Helios“ recht befriedigende Mitteilungen gemacht, die den Thatsachen nicht entsprechen haben sollen. Daneben handelt es sich u. a. noch um die frühere Electricitäts-Aktiengesellschaft Felix Singer u. Co., deren gesamte Aktien der „Helios“ im Laufe des genannten Geschäftsjahres übernommen hatte. Ueber den bei der Uebernahme zu Grunde gelegten Vermögensausweis vom 28. Februar 1900 spricht sich ein vom 31. Juli 1900 datiertes Schreiben eines Aufsichtsratsmitgliedes des „Helios“ u. a. wie folgt aus: „Die Bilanz dieser Gesellschaft (Singer) per 28. Februar 1900 ist im rohen fertiggestellt, und es zeigt sich immer mehr, daß die vorjährige Bilanz gefälscht war, natürlich ohne Wissen des Aufsichtsrats. J. V.“

der vorjährigen Bilanz ist ein antizipierter Gewinn auf Thon, welcher sozusagen falsch war, von circa 186 000 M. verrechnet worden, und jetzt stellt sich heraus, daß der Bau Thon im ganzen einen Verlust von circa 200 000 M. gebracht hat. Kechnlich verhält es sich mit Fiume, Lichtwerk Riegnitz u. Das ist schon ganz gewiß, daß Singer ins Zuchthaus gehört und der Aufsichtsrat im höchsten Grade kompromittiert ist. Die Bilanz Singer schließt mit über 800 000 Mark Verlust, wesentlich entstanden durch Tarnedbar, Fiume und die zu Unrecht im Vorjahre verrechneten anticipierten Gewinne.

Das war die wirkliche Meinung des Aufsichtsrats der „Helios“-Gesellschaft; vor der Öffentlichkeit aber hielt er sie sorgfältig geheim. In dem vom 13. November des Jahres 1900, also einige Monate später, datierten Geschäftsberichte des „Helios“ wird über dieselbe Angelegenheit gesagt: „Auf den Geschäftsverlauf ist die Singer-Transaktion ohne Einfluß geblieben.“ Weiter heißt es: „Die Aktien der Elektrizitäts-Gesellschaft Felix Singer u. Co. haben wir im Laufe des Geschäftsjahres auf den Betrag von 1 Million Mark voll eingezahlt. Die Bau- und Lieferungsverträge dieser Gesellschaft sind der Einfachheit halber größtenteils auf unsre Firma („Helios“) übergegangen und sind heute entweder schon abgewickelt, oder befinden sich in der Abwicklung. Den Sitz der Singer-Gesellschaft haben wir von Berlin nach Köln verlegt. Sie befaßt sich mit der Abwicklung der ihr noch verbliebenen Geschäfte sowie mit der Ausführung des zwischen ihr und der Pariser Walker-Gesellschaft bestehenden Vertrages über den Alleinverkauf der Erzeugnisse der amerikanischen Elektrizitäts-Gesellschaft Walker u. Co. für elektrische Bahnausrüstungen in Europa, außer Frankreich und Rußland.“

Das war alles, was über die Singer-Gesellschaft gesagt wurde, während in dem erwähnten Briefe von einem Verlust von 800 000 M. die Rede ist.

Werkwürdig ist, daß bisher die Berliner Bank, die 1899 die neuen 6 Millionen Mark Aktien des „Helios“ übernahm und ihm dafür die gesamten Vermögensbestände der Bank für elektrische Industrie überließerte, noch immer über den Handel schweigt. Auch in der gestrigen Generalversammlung der Berliner Bank blieb die „Helios“-Angelegenheit unerwähnt.

Aus dem Geschäftsbericht des Norddeutschen Lloyd, der soeben zur Veröffentlichung gelangt (die Hauptzahlen des Jahresabchlusses haben wir bereits mitgeteilt), interessiert unter den heutigen Umständen besonders die Ausführungen über den Schiffsverkehr nach Ostasien, und zwar umso mehr, als die Hamburg-Amerika-Linie aus dem Reichspostdampferdienst nach Ostasien aussteigt, und der Lloyd jetzt diesen allein betreibt.

Inwieweit der Personenverkehr auf der ostasiatischen Linie, heißt es im Bericht, durch die sibirische Eisenbahn berührt werden wird, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, doch glaubt die Verwaltung schon heute sagen zu dürfen, daß diese Konkurrenz kaum einen nachteiligen Einfluß auf den gesellschaftlichen Verkehr ausüben, daß vielmehr die durch die Bahn gebotene vermehrte Reisegelegenheit nach dem Osten sehr lebend auf den Gesamtverkehr einwirken wird. Einwieweit läßt der Betrieb der Bahn noch sehr viel zu wünschen übrig und gegenwärtig dient sie ausschließlich militärischen Zwecken Rußlands. An Ladung für die Linie des Lloyds hat es nicht gefehlt und fehlt es auch zur Zeit nicht, ungeachtet des zwischen Rußland und Japan ausgebrochenen Krieges. Auch ist als sicher anzunehmen, daß die Erneuerung der durch den Krieg zerstörten Werte nach Beendigung des Krieges eine starke Belebung des Güterverkehrs zur Folge haben wird. Im verfloffenen Geschäftsjahre sind eine Reihe von wichtigen Veränderungen in diesem Betriebe vorgenommen worden, die zum Teil in dem weiteren Ausbau der bestehenden und in der Gründung neuer Linien sowie in der Vergrößerung der Flotte zu suchen sind, welche Maßnahmen zu der Hoffnung berechtigen, daß die Küstenlinien in den ostasiatischen Gewässern einer andauernden, gesunden Weiterentwicklung entgegen gehen.

Der Lloyd betreibt in den ostasiatischen Gewässern zur Zeit im ganzen 14 Linien, mit einer Flotte von 51 Dampfern und 5 Dampfseilern von insgesamt 78.807 Tonnen Brutto, sowie ferner einer Anzahl Schleppdampfern, Barkassen und Leichterschiffen.

Sum Kampf auf dem deutschen Petroleummarkt. Nach der „Neuen Freien Presse“ wurde zwischen der Diskonto-Gesellschaft und der Deutschen Bank eine Einigung bezüglich des Petroleumgeschäftes erzielt, derart, daß die Diskonto-Gesellschaft an den Petroleum-Organisationen der Deutschen Bank in Deutschland teilnimmt. Beide Gesellschaften übernehmen hiernach einen Teil der Aktien der Petroleum-Produkten-Gesellschaft in Hamburg und dieser wird der kommissionäre Verkauf der Raffinade übertragen, welche aus den rumänischen Rohölgruben der Diskonto-Gesellschaft und der Deutschen Bank gewonnen wird. Beide Banken übernehmen angeblich je ein Viertel des Aktienbesitzes der Petroleum-Produkten-Gesellschaft, den Rest die Londoner Firma Samuel und die Shell Linie Compagnie.

Vom dem „Berliner Tageblatt“ wird diese Meldung auf Grund eingezogener Informationen bestritten. Allerdings verhandelten beide Bankinstitute miteinander über den Petroleumverkauf, zu irgend welchen Abmachungen sei es aber noch nicht gekommen.

Bergmann-Elektrizitätswerke, Aktiengesellschaft, Berlin. Der Reingewinn stellt sich auf 1798 418 M. gegen 1540 785 M. Davon gelangen zur Verteilung: 17 Proz. Dividende (wie im Vorjahre) auf das Aktienkapital von 8 500 000 M. (im Vorjahre auf 7 250 000 M. Aktienkapital), Zantieme an den Vorstand 155 815 M. (115 567), Zantieme an den Aufsichtsrat 108 652 M. (92 454), Vortrag 108 946 M. (100 264). Die Abschreibungen betragen 629 882 M. gegen 418 028 M. im vorigen Geschäftsjahre.

Soziales.

Ärzte und Krankenkassen.

In den Leipziger Streitigkeiten hat sich jetzt der Kreishauptmann v. Ehrenstein veranlaßt gesehen, in einem Artikel im „Leipziger Tageblatt“ persönliche Stellung zu nehmen. Anlaß dazu gab ihm die Veröffentlichung eines Rechtsanwalts Thierich, welcher nachzuweisen sucht, daß die neuen Verträge die Ärzte in eine unwürdige Stellung drängen. Herr v. Ehrenstein weist das zurück und schreibt dann:

„Diese Beschränkungen sind durch die Natur der Sache geboten. Jedenfalls sind sie keine andern als solche, denen alle andern Angestellten, Staatsbeamte, Geistliche, Lehrer und andre, unterworfen sind.“

Die Ärzte aber streben einen Zustand an, in welchem sie ausschließlich Rechte genießen und gar keine Verpflichtungen haben, und wenn diesen Zustand das System der freien Arztwahl. Das Wesen dieses Systems besteht nicht in dem Recht des Patienten, jeden beliebigen Arzt zuzuziehen. Dieses unmögliche Recht wird auch von der andern Seite in keiner Weise angestrebt und würde vor allem von den Ärzten selbst zurückgewiesen werden. Sondern das Wesen dieses Systems ist das den Ärzten eingeräumte selbständige Recht, nach Erfüllung gewisser rein äußerlicher Voraussetzungen, jedes Mitglied aus Kosten der Kassen behandeln zu dürfen.

Es soll nicht bestritten werden, daß auch dieses System manche Vorteile für sich voranz haben kann. Neben den finanziellen Vorteilen der Ärzte und ihrer völligen Freigängigkeit kommt in Betracht die durch dasselbe gebotene vermehrte Gelegenheit der Bevölkerung zum Verkehr mit durch Humanität und Intelligenz sich auszeichnenden Männern und weiter die so ansprechende Möglichkeit, alle latenten (verborgenen) Kräfte im Arztstand ohne weiteres und in der ausgiebigsten Weise zur Verwertung zu bringen. Demgegenüber bietet aber auch das System der Distriktsärzte manchen Vorteil. Es bildet sich erfahrungsgemäß zwischen ihnen und dem Distrikte unter Um-

ständen ein Vertrauensverhältnis, ähnlich dem zwischen Familie und Hausarzt, und es umgeht die dringenden Gefahren, welche das System der freien Arztwahl enthält. Denn bei dem letzteren kann die Kasse den Umfang der von ihr zu erfüllenden Verpflichtungen nicht mehr übersehen und früher oder später ist ihre Existenz in Frage gestellt.“

Gegenüber der wiederholt aufgestellten und immer wieder auf-tretenden Behauptung, die Leipziger Kasse habe nur mit Mühe eine Anzahl Ärzte für das neue System gewinnen können und werde niemals genug Ärzte haben, ist der Schluß des Artikels des Kreis-hauptmanns beachtenswert:

„Es ist mir nicht bekannt, inwieweit Herr Dr. Th. im Auftrag und in Übereinstimmung mit den Ärzten den vorliegenden Artikel geschrieben hat.“

Jedenfalls ergreife ich aber wiederholt die Gelegenheit, den dringenden Wunsch auszusprechen, daß den Ärzten wenigstens nunmehr die Augen aufgehen und sie ihr im Uebereifer gegebenes Ehren-wort zurückverlangen mögen.

Wie bekannt, hat die Orts-Krankenkassen-Verwaltung eine größere Anzahl von Stellen offen gehalten. Sie brauchen nur in dieselben einzutreten, um ihre frühere Praxis wieder aufzunehmen.“

Die Kasse hat also, wie auch früher schon ausgesprochen worden, auf Wunsch der Behörde im Interesse der alten Leipziger Ärzte mit Neuanstellungen vorläufig aufgehört.

In Köln fand am Sonnabend im Saale des Gewerkschafts-hauses eine Krankenkassenmitglieder-Versammlung statt, die wiederum in Sachen des Streits mit dem Kreisverein und der Aufsichtsbehörde Stellung nahm. Die Ausführungen der einzelnen Redner ließen erkennen, daß die Behörde mit der Auslieferung der Kassen an die Ärzte noch lange nicht den Kampf gewonnen hat, ja, daß der Kampf noch an Entschiedenheit zunehmen wird. Auch die von den Kassen während des Streits der Vereinsärzte engagierten Ärzte stehen in alter Geflossenheit da. Sie haben sich zu einem Verein der Kassen-ärzte für beschränkt freie Arztwahl zusammengelassen, praktizieren nach wie vor weiter und lehnen die Abfindungsangebote des Kreis-vereins unerschütterlich ab. Fünf von den zwanzig engagierten Ärzten haben sich mit Summen von 7000 bis 15 000 M. abschieben lassen. Die andern fünfzehn sucht man durch allerlei Chikanen mühe zu machen.

In einer Resolution fordert die Versammlung die Kassen auf, die Familienbehandlung abzuschaffen und sie durch andre den Ver-sicherten zu gewährende Vergünstigungen zu ersetzen.

Die Erhöhung des Grund- und Häuserwertes. Die Vor-beretungen zur badischen Steuerreform veranlaßten eine Neu-einschätzung der Liegenschaften und eine Neuverteilung der Boden-arten; diese Arbeiten sind in vielen Gegenden vollendet, so daß bereits die neuen Kataster zur Einsprucherhebung auf den Steuer-kommissionariaten vorliegen. Es handelt sich nicht um Ertrags-veranlagungen, sondern um Kaufpreiskataster, bei welchen der durch-schnittliche Verkehrswert aus der zweiten Hälfte der neunziger Jahre bestimmend war. Während in der Klassifizierung der Bodenarten (Bonitäten) im allgemeinen keine wesentlichen Veränderungen sich ergaben, weist der Neuanschlag der Immobilien gegen früher eine Wertsteigerung auf, die namentlich in den städtischen Ge-meinschaften sehr ins Gewicht fällt. Aus dem neuen Kataster der Stadt Offenburg (gegen 17 000 Einwohner) ergeben wir, daß der bisher mit 1 1/2 Millionen bewertete Häuserbesitz nunmehr zu 35 Millionen emporzusteigt. Für das Ackerland ist der Anschlag bei der niederksten der fünf Bodenklassen von 1440 M. pro Hektar auf 4500 M., bei der ersten Bonität von 4800 auf 15 000 M. gestiegen; die erste Klasse des Wiesengeländes stieg von 4820 auf 10 500 M., jene der Rebkulturen von 6030 auf 8500 M. Bei dem erstmaligen Ackerland handelt es sich zum-eist um die Kategorie von sogenannten Spekulationsterrain, das zu Bauplätzen sich eignet. Die beabsichtigte Steuerreform will nament-lich diese, der Spekulation dienenden Dangelände treffen.

Der sozialdemokratische Staat droht in der schönen Fichtel-gebirgsstadt Wunsiedel, und zwar ist es die liberale Stadtverwaltung selbst, die mit dem schrecklichen Gedanken umgeht, ihn zu etablieren. Dort wohnen nämlich die Metzger mit den feineren Zeiten unter Ver-zufung auf den Viehmangel erhöhten Fleischpreisen nicht wieder heruntergehen, obwohl inzwischen die Viehpreise bedeutend ge-sunken sind. Infolgedessen sah sich der Stadtmagistrat veranlaßt, an die Metzgerinnung die Aufforderung zu richten, die Fleischpreise den Viehpreisen entsprechend herabzusetzen oder sich mit dem Ge-danken vertraut zu machen, daß die Stadt eine Genossenschafts-Schlächterei errichte. In einer Versammlung der Köpfe- und Schweinemehrer wurde die Absendung einer Resolution an den Magistrat beschlossen, in der das angebotene Vorgehen als der „Vorboten des sozialdemokratischen Staates“ erklärt wird. Nun wird den Stadtvätern nichts andres übrig bleiben, als schleunigst zu Kreuze zu kriechen, denn sie werden sich doch nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, an der Errichtung des sozialdemokratischen Staates mit-gewirkt zu haben.

Gerichts-Zeitung.

Der aus Kiew stammende russische Professor Dr. phil. David Kirich Strachan wurde gestern der siebenten Strafkammer des Land-gerichts I aus der Untersuchungshaft vorgeführt, um sich wegen Urkundenfälschung und wegen Aufforderung zur Teilnahme an einem Vergehen zu verantworten. Der Angeklagte hat in Rußland einen Ingenieur dessen Erfindung zum Inzupriazieren und Trodnen des Holzes auf pneumatischem Wege und außerdem dessen Konstruktion eines Waggonventilators abgekauft. Die Verwertung oder der Weiterverkauf dieser Erfindungen wollte ihm in Rußland nicht gelingen. Eine große Firma in Kiew, Gebrüder Sourewitsch, inter-essierte sich zwar eine Zeitlang dafür, brach dann aber die Ver-bindung mit dem Angeklagten ab. Ende 1899 stiedelte der An-geklagte von Warschau nach Berlin über und nahm hier im Victoria-Hotel Wohnung. Er versuchte auch hier, seine Erfindungen zu ver-werten. Unter andern trat er mit dem Agenten Freund in Ver-bindung. Dieser unterhandelte mit dem Chef der Eisenbahnbau-Gesellschaft Veder u. Co., G. m. b. H. Der Angeklagte erzählte bei seinen Gesprächen mit Freund wiederholt von einer Depesche, in deren Besitz er sei, worin ihm ein Reflektant ein günstiges An-gebot mache. Freund erbat sich darauf die Depesche, um Veder durch ihre Vorsehung zum Verkaufsabschluss zu animieren. Der An-geklagte übergab ihm die Depesche. Es handelte sich um ein be-achtendes Objekt, denn der Angeklagte verlangte für die beiden Er-findungen 500 000 M. In der Depesche wurde dem Angeklagten thätigst ein gutes Anerbieten gemacht. Es fiel aber auf, daß der Aufgabedort, der nach der Angabe des Professors Strachan Kiew sein sollte, von der Depesche abgetrieben war. Dies erregte Verdacht, und als Ermittlungen angestellt wurden, zeigte es sich, daß die Depesche gefälscht war. Es war auf einer Station der Strecke Warschau-Wien aufgegeben worden und war an den damals in Warschau inwohnenden Angeklagten abdestiert. Es wurde angenommen, daß der Angeklagte die Depesche an sich selbst aufgegeben hätte, um etwaige Liebhaber für seine Erfindungen zu beeinflussen. Gleich-zeitig zeigte einer der Agenten des Angeklagten an, daß dieser ihn habe verlesen wollen, unter seinem Namen als Vertreter einer amerikanischen Firma an den Angeklagten einen Brief zu schreiben des Inhalts, der Angeklagte möge sich wegen des Patentes an einen andern wenden, weil demnach ein Vertreter der amerikanischen Firma nach Berlin reisen und mit dem Angeklagten abschließen würde. Nun wurde der Angeklagte für einen Schwindler gehalten und im Februar v. J. in Haft genommen. Das Ermittlungs-verfahren ist ein höchst zeitraubendes gewesen. Der Angeklagte, dem Rechtsanwalt Dr. Morgenstern als Verteidiger zur Seite stand, be-stritt entschieden beide ihm zur Last gelegten Straftaten. Einer der Agenten, mit denen er zu thun gehabt, mußte Fälscher und Absender der Depesche gewesen sein. Ebenso sei es unwahr, daß er einem hiesigen Agenten das erwähnte Anerbieten gemacht habe. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten durch die Beweisaufnahme für überführt, er beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von acht

Monaten. Der Gerichtshof folgte aber den Ausführungen des Ver-seidigers und sprach den Angeklagten frei. Die Möglich-keit, daß doch ein andrer die gefälschte Depesche aufgegeben, sei doch nicht völlig ausgeschlossen, und in betreff der Aufforderung zum Vergehen sei nicht dargelegt, daß er dem Zeugen einen Vermögens-vorteil in Aussicht gestellt habe. Das ganze Verhalten des An-geklagten sei aber ein derartiges gewesen, daß seine Verhaftung durchaus gerechtfertigt erschien.

Ein böses Geschäft that sich im verfloffenen Sommer in Schöne-berg unter der Firma „Hamburg u. Weiphal, Automatenvertrieb en gros“, auf. Die Inhaber waren der Mechaniker Karl Him-burg und der Kaufmann Emil Westphal. Durch einen Stellens-vernichter ließen sie bekannt machen, daß sie lautionsfähige Kassierer bei hoher Gehalt suchten. Der Bewerber wurde in einem höchst dürftig ausgestatteten Bureau empfangen, in einem Nebenraum gab Hamburg sich den Anschein, als sei er mit der Reparatur eines Automaten beschäftigt. Dem Bewerber wurde dann erzählt, daß die Firma in über 1000 Lokalen Berlins und Umgegend Automaten stellen habe, aber im Begriff sei, solche aufzustellen. Es seien Automaten in humoristischer Form, eierlegende Hennen, Stöche, Schleichmaschinen und dergleichen. Jeder Kassierer erhalte 50 Schlüssel und habe höchstens einmal die Automaten des ihm überwiesenen Reviers neu aufzuschütten und das darin befindliche Geld heraus-zunehmen. Es sei ein bequemer Posten, aber bei dem Vertrauen, welches den Kassierern geschenkt werden müsse, sei es unerlässlich, eine Kaution zu hinterlegen. Dem Bewerber leuchtete dies ein, und wenn er Geld besaß, ließ er sich bereit finden, einen Betrag zu opfern, der je nach seinen Vermögensverhältnissen zwischen 1000 und 3000 M. schwankte. Zumeist waren es pensionierte Beamte, die sich von dem in Aussicht gestellten hohen Gehalt bewegen ließen, die Stellung anzunehmen. Es wurde ihnen ein Gehalt von monatlich 175 M. und eine Provision vom Erlös versprochen. Der zuerst An-genommenen wurden auch je 20 Schlüssel übergeben, die zu Automaten gehörten, welche nach allen Himmelsrichtungen hin ver-teilt waren. Die Firma nahm aber gegen 20 Kassierer an und diese hatten nichts zu thun. Sie sahen bald ein, daß sie Schwindlern in die Hände gefallen waren. Ihre Kautionen waren verloren, die Firma bestand nur einige Monate. Westphal mußte ins Zuchthaus gebracht werden, da er sich als geisteskrank erwies, Hamburg wurde gestern der vierten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn 1 Jahr 6 Monate Ge-fängnis, der Gerichtshof erkannte aber auf 3 Jahre Ge-fängnis und Ehrverlust.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Fall Eras-Vidler.

München, 28. März. (B. T. Z.) Ueber die Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht gegen den vormaligen Einjährig-Freiwilligen Eras wegen verleumdender Verleumdung und Vorwürfen eines Ge-brüchens wird gemeldet: Der Angeklagte Eras erklärt bei seiner Vernehmung, er habe bei der Aushebung von seinen Armbrüchen nichts erwähnt, weil er geglaubt habe, sie würden ihm nicht hinderlich sein. Erst im Januar d. J. habe er erfahren, daß er vor vier Jahren schwer geisteskrank gewesen sei. Er habe sich an Vidler gemeldet, weil v o r zwei Jahren ein Mediziner auch durch Vermittlung eines Abgeordneten, des Abg. Hauber, vom Militärdienst befreit worden sei. Er habe aber keineswegs gewollt, daß sein Brief an seine vorgelegte Dienstbehörde komme. Der Zeuge Dr. Vidler sagt hierauf aus, er habe den Brief Eras dem Kriegsminister nur vertraulich übergeben, wie dies in der Kammer des Abgeordnetenhauses Gepflogenheit sei, damit dieser unter der Hand Erkundigungen einziehe und ihm von dem Ergebnisse Mitteilung mache. Von dieser Gepflogenheit sei der Minister abgewichen. Abg. Vidler sagt weiter aus, der Minister habe ihm gesagt, er werde der Sache nachgehen und ihm sagen, welchen Rat er Eras geben soll. Wenn ihm der Minister gesagt hätte, daß er mit dem Brief den Dienstweg einschlage, so hätte er ihm den Brief nicht übergeben. Die von der Centrumsfraktion in der Abgeordneten-kammer abgegebene Erklärung habe nur ausgesprochen, was in der Kammer seit Menschengedenken Uebung war. Es sei in der Kammer wiederholt festgestellt worden, daß das Bescheiderecht wenig Wert habe, die Abgeordneten müßten in Zukunft derartige Dinge öffentlich besprechen. Die Abgeordneten, schlägt Vidler, lassen sich das Recht nicht nehmen, solche Dinge anzunehmen und zu besprechen. Ober-st a b s e r g e r i c h t sagt aus, daß er den Eras in der Jugend gebrochen haben will, sowohl bei der Untersuchung vom 2. Oktober aber späterer Königs-Untersuchung vollständig normal fand. Hätte Eras, der erst im Januar das Zeugnis über seine Geistes-krankheit im Jahre 1895 beibrachte, dies früher gebracht, so wäre er überhaupt nicht eingestellt oder sofort wieder entlassen worden.

München, 28. März. (B. T. Z.) Es bestätigt sich, daß von der bayerischen Staatsregierung eine 3/4-prozentige Anleihe im Betrage von 60 Millionen Mark ausgegeben wird. Die Anleihe, bestehend aus 40 Millionen Eisenbahn-Obligations und allgemeinen Staats-obligationen ist vom bekannten Papernkonfession fest übernommen worden und dürfte demnach zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt werden.

Radhen (Westfalen), 28. März. (Antliche Meldung.) Auf dem Bahnhof Radhen ist heute 1 Uhr 30 Minuten nachmittags ein Güterzug auf eine rangierende Abteilung eines andern Güterzuges aufgefahren. Zwei Lokomotiven und fünf Wagen sind beträchtlich beschädigt. Der Verkehr wird aufrecht erhalten. Vermutliche Ursache des Unfalles: Ueberfahren des auf Halt stehenden Bahnhofabschlusssignals durch den Lokomotivführer des Zuges 9671.

Lohnbewegung des technischen Bühnenpersonals. Wien, den 28. März. (B. Z.) Das technische Personal des hiesigen Hof-Opernhauses und des Hofburg-Theaters beabsichtigt, in den Streit zu treten, falls die bereits vor längerer Zeit der Generaldirektion überreichten Forderungen nicht sofort bewilligt würden.

Budapest, 28. März. (B. Z.) Der seit vier Wochen dauernde Wasserstreik ist durch Bewilligung einiger Forderungen der Gehilfen beigelegt worden. Auch der Schneiderstreik geht seinem Ende entgegen, nachdem viele Gehilfen heute die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Kampf um den Sechstendtag. Paris, 28. März. (B. Z.) In Roubaix und Umgegend durch-ziehen die Streikenden die Straßen. Überall sind umfassen-de Sicherheitsmaßregeln getroffen. In Roubaix selbst befinden sich 4000 Mann Truppen und 150 Gendarmen. Roubaix, 28. März. (B. T. Z.) Die Zahl der Fabriken, in denen wegen Ausstandes der Arbeiter die Arbeit eingestellt ist, beträgt jetzt 40. Trupps von Streikenden in den Straßen werden von der Polizei alsbald auseinander getrieben.

Ragnafall, 28. März. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Der Dampfer „Vigdis“ der Hamburg-Amerika-Linie ist am Freitag in Rost angehalten worden. Er hatte sieben Feldgeschütze und 20 Tonnen Schiffsbaumaterial an Bord und erklärte, daß diese Ladung für Kantschow bestimmt sei. Der Dampfer wurde am Sonntag freigegeben und legte die Reise nach Shanghai fort. Ragnafall, 28. März. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Der russische Zivilverwalter hat auf Ansuchen des Konsulatskorps seine Zustimmung dazu gegeben, die rücksichtslose Inhaftierung des Kriegesrechtes solange zu suspendieren, bis die Konsuln Anweisungen ihrer Regierungen erhalten, damit dadurch die Gefahr von Verwicklungen vermindert wird. Die hiesigen amerikanischen Einwohner erklären ganz offen, daß die Verhängung des Kriegesrechtes eine Niederlage für die Politik der Vereinigten Staaten, Konsuln in der Mandchurei zu ernennen, bedeute. Von den Häusern, in denen amerikanische und britische Untertanen wohnen, sind die betreffenden Landesfahrnen durch russische Soldaten heute entfernt worden.

Gewerkschaftliches.

Kein „Allgemeiner Deutscher Arbeitgeber-Verband“!

In den letzten Tagen sind in der Presse mehrfach Meldungen aufgetaucht, nach denen das Zustandekommen eines „Allgemeinen Deutschen Arbeitgeber-Verbandes“, zu dessen Begründung der „Centralverband deutscher Industrieller“ im Verein mit verschiedenen andern Verbänden zusammengetreten war, durch die Uneinigkeit der beteiligten Faktoren gefährdet erscheine. Auffälligerweise sind denn auch bisher über die Verhandlungen des Komitees zur Begründung eines „Allgemeinen Arbeitgeber-Verbandes“, das am 18. d. M. in Berlin getagt hat, keine den Sachverhalt klarlegende Nachrichten in die Öffentlichkeit gedrungen. Wie nunmehr die „Deutsche Journalpost“ erfährt, soll der „Centralverband deutscher Industrieller“ sich eine empfindliche Niederlage zugezogen haben. Denn er hatte von dem Komitee ein einstimmiges Vertrauensvotum gefordert, welches auf keine Weise zu erlangen war, weil der Centralverband die Beschlüsse der allgemeinen Industriellen-Versammlung vom 17. Januar d. J. auf Gründung einer neutralen, selbständigen Stelle einfach beiseite setzte und verlangte, daß ihm nicht nur der Vorsitz, sondern auch die Geschäftsführung in seinen Räumlichkeiten übertragen würde, und obendrein noch erwartete, daß die Komitemitglieder im Widerspruch zu dem ihnen von der Industriellen-Versammlung erteilten Mandat zu Gunsten des Centralverbandes deutscher Industrieller handeln sollten. Diese Forderung wurde von den nicht gebundenen Vereinigungen mit um so größerem Unwillen aufgenommen, als die vorhergehende Komitteesitzung die vom Geschäftsführer des Centralverbandes, Herrn Bueck, in seiner Schrift „Die Organisation der Arbeitgeber-Deutscherlands“ niedergelegten Grundzüge fast einstimmig abgelehnt hatte und die Komitemitglieder den Auftrag hatten, einen „Allgemeinen Arbeitgeberverband“ ohne Anknüpfung an einen wirtschaftlichen Verband der Industrie vorzubereiten. Die Verhandlungen waren deshalb zeitweise sehr lebhaft. Es wurde ausgeführt, daß durch das Vorgehen des Centralverbandes, das als unpatriotisch bezeichnet wurde, der mit großer Begeisterung aufgenommenen Gedanke eines Zusammenschlusses aller Arbeitgeber Deutschlands vom Ausschusse des Centralverbandes schlechterdings vernichtet worden sei. Selbst die Vertreter der ihm nahestehenden Verbände, wie des „Gesamtverbandes der Metallindustriellen“, des „Arbeitgeber-Verbandes Hamburg-Altona“ und des neuen „Arbeitgeber-Verbandes der deutschen Textilindustrie“, haben einen Beitritt zu einer „Hauptstelle“ als Unterabteilung des Centralverbandes grundsätzlich abgelehnt. Es wird lediglich als ein Versuch angesehen, den Bruch mit der Allgemeinheit vor der Öffentlichkeit zu verkleinern, wenn diesen Verbänden die Möglichkeit eingeräumt ist, in ein loses Kartellverhältnis zur „Hauptstelle“ des Centralverbandes ohne jede Verpflichtung zu treten. Das Gleiche ist auch in Gnaden dem des Schutzes besonders bedürftigen Handwerk, das nach den Ausführungen Buecks von der Mitwirkung gänzlich ausgeschlossen sein sollte, bewilligt worden. Die erste Autorität auf dem Gebiete der Organisation der Arbeitgeber, Herr Blohm-Hamburg, i. J. Blohm u. Voh, erklärte, daß der Centralverband, einen falschen Weg gehend, schon nach Jahresfrist gezwungen sein werde, umzukehren. Auch auf eine Mitwirkung des „Bundes der Industriellen“ wird schwerlich zu rechnen sein, wie aus dessen neuester Kundgebung hervorgeht, nachdem seine Vertreter sich die Entscheidung ihres Gesamtverbandes bezug ihrer Generalversammlung vorbehalten haben. Eine einstimmige Abgabe erfolgte seitens der Vertreter des „Verbandes von Arbeitgebern im bergischen Industriegebiet“ zu Elberfeld und seitens des großen „Bereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands“. Auch der „Bund der Arbeitgeber-Verbände Berlin“ hat die Erklärung abgegeben, daß er auf keinen Fall sich einer „Hauptstelle“ des Centralverbandes anschließen werde. Da man sich in der Sache bereits vollständig einig war, wurde in der Versammlung allseitig auf das höchste bedauert, daß infolge der Ansprüche des Centralverbandes, die als „egoistische Propaganda“ für einen einzelnen Verband gekennzeichnet wurden, eine geschlossene Einheit der Arbeitgeber Deutschlands unmöglich gemacht worden sei. Angesichts dieser Thatsache wurde es denn auch mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß die Verantwortung für diesen beklagenswerten Gang der Dinge ausschließlich der Leitung des Centralverbandes deutscher Industrieller zuzuschreiben sei. Die Angelegenheit wird voraussichtlich noch weitere Rufe hören.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallformer und Siederei-Arbeiter!

Der Streik bei Anoll, Linienstraße, dauert unverändert fort. Alle Versuche, eine Verständigung herbeizuführen, sind bis jetzt gescheitert.

Wie uns mitgeteilt wird, hat auch die Vertrauenskommission der Vereinigung der Metallwaren-Fabrikanten sich mit der Sache beschäftigt, und zwar hat sie anerkannt, daß die Forderungen der Arbeiter nicht unberechtigt sind, sich aber doch nicht dazu verstehen können, die Forderungen zu bewilligen.

Zweifellos nach dem Grundsatze, daß die Arbeiter Forderungen, gleichviel welcher Art, überhaupt nicht stellen dürfen.

Unseren Streikposten wird durch Beauftragte der Firma gesagt, daß, wenn bis Donnerstag, den 31. d. Mts., die Sache nicht erledigt ist, eine Aussperrung, die erste nach den neuen Satzungen, erfolgen soll. Was an diesen Mitteilungen wahr ist, läßt sich im Augenblick nicht kontrollieren. Jedenfalls lassen die Streikenden sich durch diese Drohung nicht einschüchtern. Wenn es den Herren beliebt, die neuen Bestimmungen praktisch zu erproben, wir werden sie nicht daran hindern. Greift uns der Rühmänner-Verband an, er soll uns schlagfertig finden.

Bezüglich des Verhaltens der Schuhmannsposten haben wir bis jetzt keinen Grund zur Klage. Es ist bis jetzt noch keine Sistierung vorgekommen; natürlich haben unsere Posten dazu, trotz der zweifellos beabsichtigten Provokation durch Arbeitswillige, keine Veranlassung gegeben.

Kollegen allerorts! Haltet den Zuzug nach diesem Betriebe fern. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Vergolder Berlin sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Hervorgegangen ist dieselbe aus den Differenzen in der Fabrik Methlow Co. (Berlin). Dieselben entstanden dadurch, daß eine bestimmte Sorte Leisten bedeutend unter dem in anderen Fabriken bezahlten Preise gemacht werden sollte. Ein Vergolder, der dies verweigerte, wurde auf der Stelle entlassen. Die in der Fabrik beschäftigten Arbeiter wählten hierauf eine Kommission, welche mit dem Inhaber der Firma, Herrn Meier, unterhandeln sollte. Derselbe ließ sich aber auf nichts ein. Darauf legten sämtliche dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit nieder und stellten im Einverständnis mit der Organisation folgende Forderungen: 1. Bewilligung des geforderten Preises. 2. Wiedereinstellung des Entlassenen. 3. Einen Prozentausschlag für einzelne schlecht bezahlte Sorten. 4. Abschaffung des schlechten Materials. 5. Niemand darf wegen zuviel Materialverbrauch entlassen werden, und jeder hat so viel zu bekommen, als er braucht. 6. Anständige Behandlung.

7. Für alle Leisten, welche zum Fertigmachen außer dem Hause gegeben werden, muß derselbe Preis gezahlt werden, als wenn dieselben in der eignen Fabrik oder Werkstatt hergestellt werden. — Diese Forderungen sind der Fabrikanten-Vereinigung unterbreitet worden. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Vergolder, die am 25. März tagte, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich mit dem Vorgehen der Methlowschen Vergolder einverstanden erklärt und die Durchführung der obigen Forderung verlangt.

Die Sattler hatten, wie in ihrer letzten Mitgliederversammlung mitgeteilt wurde, durch den Gesellenauschuh bei der Jammung einen Antrag auf Eröffnung eines paritätischen Arbeitsnachweises eingebracht. Derselbe wurde von den Meistern rundweg abgelehnt.

Achtung, Gräner! Seit Sonnabend, den 28. März 1903, befinden sich die Arbeiter der Chemischen Fabrik von Landshoff u. Meier im Ausstand. Wiederholte Mahregelungen von Vertrauensleuten und Ausschussmitgliedern und die Vorlegung eines Lohnantrages, welchen die Arbeiter nicht annehmen konnten, sind die Ursachen des Ausstandes. Die Firma bietet jetzt den Arbeitswilligen 10 Proz. Lohnzuschlag. Wir bitten alle Arbeiter den Zuzug fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Deutsches Reich.

Ein Bäckerstreik ist in Kiel ausgebrochen. In der Versammlung, die den Streik beschloß, waren von 240 in Kiel und Umgegend beschäftigten Bäckern 200 anwesend. Der Streikbeschluss kam mit sämtlichen gegen acht Stimmen zu stande. Es arbeiten jetzt schon 133 Gesellen (also mehr als die Hälfte) in 45 Betrieben zu den neuen Bedingungen.

Das Koalitionsrecht in Breslau. Der Vorsitzende des Breslauer Zweigvereins vom Centralverband der Handlungsgesellen und -Gehilfen war in ein kaufmännisches Komptoir eingetreten, um zu rügen, daß dort am Sonntagvormittag zur Kirche gearbeitet wurde. Wegen Hausfriedensbruch erhielt er 20 M. Geldstrafe, das Oberlandesgericht bestätigte jetzt diese Strafe. — Das ist der Schutze der Arbeiterschutzes!

Die Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft wurde von uns in der Mittwoch-Nummer voriger Woche als „Lokal“-Organisation bezeichnet. Die Leitung der Organisation legt Wert auf die Feststellung, daß die Gewerkschaft central organisiert sei. Das ist richtig. Die Metallarbeiter-Gewerkschaft hat sich aber den von den sogenannten Lokalorganisierten Gewerkschaften geschaffenen Institutionen angeschlossen und handelt mit diesen gemeinsam.

Zur Situation in Grimmitzhan.

Nachdem das gewaltige Ringen um die Verkürzung der Arbeitszeit durch den Beschluß der Arbeiter, den Kampf abzubrechen, beendet worden ist, läßt das Unternehmertum dem noch ausgesperrten Teil der Arbeiter keine ganze Nacht fühlen. Man treibt die noch ausgesperrten Arbeiter von Fabrik zu Fabrik, ohne daß dieselben Arbeit erhalten, und dabei versuchen die Unternehmer noch immer, aus Wagnern und Wöhmern fremde Arbeiter herbeizujagen.

Arbeiter allerorts! Haltet Zuzug nach Grimmitzhan fern. Noch sind 400 Personen ausgesperrt, von denen 250 Familienväter sind. Meidet Grimmitzhan!

Ausland.

Die Aussperrung in der Diamantindustrie.

Am Freitag ist Jef Groeffer endlich wieder aus seiner freiwilligen Verbannung nach Antwerpen zurückgekehrt, während das andre Vorstandmitglied des Antwerpener Diamantarbeiter-Verbandes, Jan Vartels sich noch im Gefängnis befindet. Wahrscheinlich werden nun in Antwerpen Verhandlungen mit den Arbeitgebern stattfinden. Durch die Posten des Verbandes wurde festgestellt, daß zur Zeit in den Fabriken in Antwerpen 105 Schleifer und 60 Verteiler arbeiten, worunter ungefähr 80 Selbständige und ebensolche Brüder und andre Familienmitglieder der Selbständigen sind. Da die Posten nur diejenigen als Selbständige oder Vertreter von Selbständigen gezählt haben, die ihnen als solche bekannt waren, so sind diese Zahlen jedenfalls nicht zu hoch gerechnet. Uebrigens mag daran erinnert werden, daß, als die Antwerpener Diamantarbeiter im Jahre 1900 für den Achtstundentag streikten und die Fabriken nach Verlauf von drei Wochen wieder eröffnet wurden, die Unternehmer am ersten Tage meldeten, es wären 1873 Arbeiter ans Werk gegangen, was am andern Tage widerlegt wurde, indem gegen 3000 Diamantarbeiter an der Streikfortsammlung und dem darauf folgenden Demonstrationsszug teilnahmen. — Nebenbei wie damals wird es wohl auch jetzt mit den Angaben der Unternehmer bestellt sein.

In Amsterdam sieht sich die Juwelierversammlung, nachdem sie die Vermittlung des Ministers abgelehnt hat, genötigt, für Unterstüßung der durch die Aussperrung in Not geratenen Juweliere und Fabrikbesitzer zu sorgen, und hat zu diesem Zweck eine Kommission zur Sammlung von Unterstützungsgeldern eingesetzt.

Ein allgemeiner Weberausstand hat gestern in Roubaix seinen Anfang genommen. Es handelt sich um Differenzen, die aus Anlaß der Durchführung des Widerständigen Gesetzesurteils über die Verkürzung der Arbeitszeit entstanden sind. Bekanntlich kam es aus demselben Anlaß im Vorjahre schon einmal zum Ausstand.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Am ersten Osterfeiertage veranstaltet der Wahlverein ein Vereinsvergägen in Döbischen Lokale unter Mitwirkung der Gesellschaft Strzelewicz. Entree 30 Pf., Anfang 6 Uhr abends. (Siehe Inserat in der Freitagnummer.)

Johannisthal. Morgen, Mittwoch, den 30. März, nachmittags von 4^{1/2} bis 7 Uhr finden im Lokale „Lindenhof“, Friedrichstraße 61, die Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung statt. Der sozialdemokratische Kandidat ist der Former Gustav Radumke. Pflicht aller Parteigenossen ist es, dafür zu sorgen, daß unser Kandidat mit möglichst großer Stimmenzahl gewählt wird, damit auch das dritte Mandat der III. Abteilung in den Besitz der Sozialdemokratie gelangt. — Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Deimeberg, Friedrichstraße 10, eine Versammlung statt, welche sich mit der bevorstehenden Wahl beschäftigt und in welcher unsere Vertreter über ihre Thätigkeit in der Gemeindevertretung Bericht erstatten. Zahlreiches Erscheinen der Genossen ist Pflicht.

Lokales.

Wo die Stadt Berlin ihre Geisteskranken unterbringt!

Mit dem „Gemeindeblatt“ des Magistrats ist jetzt der von der Deputation für die städtische Irrenpflege zusammengefaßte Bericht über das Etatsjahr 1902 ausgegeben worden. Das „Etatjahr 1902“ endete am 31. März 1903. Der Bericht hat also ein volles Jahr gebraucht, um zur Veröffentlichung reif zu werden. Warum das Opus nicht früher fertiggestellt bezw. veröffentlicht werden konnte, das ist auch eines jener Rätsel und Geheimnisse, an denen unsere vortreffliche Berliner Gemeindeverwaltung so überreich ist.

Der Bericht besteht, wie üblich, aus den Sonderberichten der einzelnen Anstaltsdirektionen und einem Vortwort der Deputation. Das Vortwort bringt diesmal eine kleine Ueberraschung. Es wird

darin von den Beratungen erzählt, die über die Vermehrung der Anstalten zur Unterbringung von Geisteskranken gepflogen worden sind. Angeführt ist eine Klage darüber, daß infolge des bestehenden Platzmangels „eine große Zahl Geisteskranker in Privat-Irrenanstalten untergebracht werden muß“. Die Leistungen der Privatanstalten seien nun „selbstverständlich geringer als die der städtischen Hauptanstalten“, man könne daher nur ruhige, unbefrachte Kranke in den Privatanstalten unterbringen: „Dadurch leiden aber die Hauptanstalten sehr; durch die Anhäufung schwieriger, bestraffter Kranken wird ihre Wirksamkeit ernstlich in Frage gestellt und ihre Leistungsfähigkeit herabgemindert.“ Solche Geständnisse sucht man sonst vergeblich in den Berichten der Irrenpflege-Deputation. Aber die Dinge sind allmählich so arg geworden, daß man es nicht mehr umgehen kann, sich auch an dieser Stelle dazu zu äußern. Der Verfasser des Berichtes ist freilich nicht verlegen um eine Erklärung dieser Folgen älterer Unterlassungssünden. Er sagt, die Verzögerung des Ankaufs des Riefelgutes Ruch, auf dessen Gebiet die eine Irrenanstalt errichtet wird, sei schuld an dem eingetretenen Mangel. Nur wundert uns, daß nicht auch noch der langsam bauende Waurat wieder als Sündenbock herhalten muß.

Wer zwischen den Zahlen zu lesen versteht, dem geben die statistischen Uebersichten der Sonderberichte ein anschauliches Bild der Misere, die in unserem städtischen Irrenwesen eingerissen ist, weil der „solid und sparsam“ wirtschaftende Preissinn zu spät an die Vermehrung der Irrenanstalten herangegangen ist. Die auf Herrn Eugen Richters Grundzüge eingeschwoorenen „guten Hausväter“ unserer Stadtgemeinde haben es dahin kommen lassen, daß jetzt nur noch drei Fünftel aller in städtischer Irrenpflege befindlichen Kranken in den eignen Anstalten der Stadt versorgt werden können. Zwei Fünftel befinden sich in Privatanstalten beziehungsweise in Familienpflege. Ende März 1903 waren es rund 2500 Personen, die diese minderwertige Pflege genossen, und seitdem ist ihre Zahl noch weiter um mehrere Hundert gestiegen. Von den Leistungen der Privatanstalten giebt der Bericht, wie oben bemerkt, selber zu, daß sie „selbstverständlich geringer“ sind als die der städtischen Anstalten. Ueber die Familienpflege schweigt man. Wir wollen verraten, daß ihre Leistungen „selbstverständlich“ noch sehr viel geringer als die geringen Leistungen der Privatanstalten sind.

Der Specialbericht über Dalldorf liefert übrigens hierzu noch eine zahlenmäßige Illustration, die von besonderem Interesse ist. Er weist nach, daß die Zahl der von dieser Anstalt an Privatanstalten überwiehene Kranken wieder größer geworden ist und fügt hinzu: „Sehr beträchtlich ist die Zahl der Kranken, die zurückverlegt werden mußten; sie stellt sich auf 17,7 Proz. der überhaupt dorthin überwiehene Kranken.“ Zurückverlegt werden „mußten“?? Warum wohl? Auch darüber klärt dieser Bericht, daß die Zahl der in Familienpflege befindlichen Kranken „sich recht vermehrt“ habe. Hier sei das Verhältnis der in die Anstalt wieder zurückgenommenen Kranken zu den abgegebenen bei den Frauen wie 1:2, bei den Männern etwas kleiner, 1:2, das ist wie 50:100, das heißt 50 Proz. Das ist so unerhört hoch, daß wir fast einen Druckfehler vermuten möchten. Bei der Lesüre dieses Berichtes wird mancher freimüthige Stadtdenkwort wünschen, daß die Mittheilung solcher Zahlen künftig unterbleibe. Empört wird mancher ausrufen: „Ist denn kein Fischbein da, der solche Veröffentlichungen verhindert?“

Ja, es ist wirklich ein Jammer, daß man nicht auch den Direktoren der städtischen Anstalten den Einblick in ihre eigne Verwaltung wehren kann, daß man mit ihnen nicht umspringen kann wie mit sozialdemokratischen Stadtdenkwörtern, die über die Verwaltung, der sie angehören, an den „Vorwärts“ berichten. In der Stadtdenkwörter-Versammlung hat einmal ein freimüthiger Stadtdenkwort über den Direktor einer städtischen Anstalt, mit dem er unzufrieden sein zu müssen glaubte, die Krueherung geübt, wenn er „Magistrat wäre“, würde er solchen Direktor „rausjuchmeihen“ (wörtlich, aber im Stenogramm geändert). Wer weiß, was geschähe, wenn auch noch der Name „Magistrat wäre“!

In der gestrigen Sitzung der Deputation für die städtischen Gaswerke kam unter dem Vorsitz des Stadtrats Rasmussen die in letzter Zeit mehrfach in der Presse besprochene Angelegenheit bezüglich des Ertrages der gußeisernen Anfahrtsrohre durch Schmiedeeiserne zur Sprache. Aus Anlaß eines besonderen Unglücksfalls durch Bruch eines gußeisernen Verbindungsrohres infolge einer Senkung des Mauerwerks war die Auswechslung der alten gußeisernen Gasrohre gegen Schmiedeeiserne angeregt worden. Die Deputation hat beschlossen, in dieser Sache eine öffentliche Bekanntmachung zu erlassen. Ferner wurde von der Deputation beschlossen, die beiden Museumbrücken zur Verbindung der Straße Am Kupfergraben mit der Draniensburger- bezw. Krausnickstraße, auf denen das Kaiser Friedrich-Denkmal errichtet werden soll, mit zehn Vogenlampen, die sowohl die Brücken als auch die Spree und den Kupfergraben beleuchten sollen, zu schmücken. Die Lampen sollen nicht an besonderen Masten, sondern an Pfeilern montiert werden. Ueber die Beleuchtung des Humboldthains ist mehrfach Klage geführt worden. Die Deputation hat gestern beschlossen, außer den schon vorhandenen Winterlampen noch acht elektrische Vogenlampen während der üblichen Vrenzeit, d. h. die halbe Nacht, im Betrieb zu lassen.

Die Enthüllungen über die Gefangenen-Behandlung in Pflöhensee werden in der „Zeit am Montag“ fortgesetzt. Wiederrum entrollen sich Bilder, die das Blut erstarren machen. Mit mechanischer Ruhe werden die Leiden selbst todkrankter Personen durch Disziplinarstrafen entsetzlich verschärft. Der degutachtende Arzt, in diesem Falle ein Dr. Pfeleger, hielt in seinem Irrtum den Vollzug solcher Strafverschärfungen mit derartiger Selbstverständlichkeit für angebracht, daß er in dem weltbekanntem Mustergefängnis den Spignamen Dr. Unbedenklich führen soll. Von den Personalfakten mehrerer Personen wollen wir die eines gefangenen Italiencers, Namens Angeli, wiedergeben:

Anzeige.

Pflöhensee, 15. 10. 01. Nach einer Anzeige des Aufsehers Widmann hatte gestern der Strafgefangene Angeli in gröblicher, elektrischer Weise seinen Arbeitsplatz durch Ausspucken verunreinigt. Auf den Befehl, seinen Platz zu reinigen, mußte er mehrermale aufgefordert werden. Nun fing p. Angeli an zu schimpfen und war nicht zur Ruhe zu bringen trotz wiederholten Verbots. Derselbe wurde auf Station 10 (Arrest) isoliert.

gez. Hirschlinger, Oberaufseher.

Angeli ist geständig; er wird bestraft, weil er den Befehl eines Beamten nicht sofort und ohne Widerrede ausgeführt, sondern trotz wiederholten Verbots geschimpft und räsioniert hat, nach einmaliger Vorbestrafung aus ähnlicher Veranlassung, mit einsamer Einsperrung auf 7 Tage, gekräftigt durch Entziehung der Arbeits-Rohre und des Bettlagers, ferner durch Beschränkung der Rost auf Wasser und Brot.

J. B.

Freiherr v. Malyan, Polizei-Inspektor.

Herrn Medizinalrat Dr. Pfleger.
Unbedenklich,
gez. Dr. Pfleger.
Vollstreckt vom 15.—22. 10. 01.
Pl. 14. 10. 01. Die Strafgefängenen Marquardt und Schau
führen Beschwerde über ihren Mitgefängenen Angeli.
Drschlinger, Oberaufseher.
Schau, Marquardt, Neumann, Teil zc. erklären:
Wir schlafen und arbeiten mit Angeli zusammen. Durch seinen
Husten, der schon seit Wochen dauert, und den starken und auch
blutigen Auswurf desselben wird uns das Essen und der
Aufenthalt verleidet, auch fürchten wir Ansteckung. Angeli soll
beurlaubt sein und dadurch seine Mitgefängenen bei Tag und Nacht
belästigen.
Herrn Med. Rat Dr. Pfleger zur gefl. Untersuchung bez. Auf-
nahme des A. im Lazarett.

F. B.
Freiherr v. Matsyan, Polizei-Inspektor.
Es liegt keine Veranlassung vor, den A. ins Lazarett zu
nehmen.

gez. Dr. Pfleger.
Diese Eintragung des Dr. Pfleger ist vom 24. 10. 01. datiert.
Am 31. 10. 01 brach Angeli zusammen und mußte ins Lazarett
getragen werden. Am 2. Februar 1902 war er tot.
Der Unglückliche war, wie bemerkt, ein Italiener; er ver-
stand nur wenig Deutsch und war wegen Körperverletzung bestraft
worden.

Diese Schreckensbilder sollten nicht allein die Regierung, sondern
auch den Ärztestand beschäftigen. In neuerer Zeit war die
Berliner Ärztekammer mit Feuerscheit dabei, nicht approbierte
Personen, die etwa als Naturheilkundige praktizierten, der Kur-
pfuscherei zu bezichtigen und in Gefängnis, wo ein von ihnen be-
handelter Kranker nach ihrer, der Kammer Meinung infolge un-
sachgemäßer Behandlung schwere Schädigungen seiner Gesundheit
erlitt oder starb, die Zeilundigen bei der Staatsanwaltschaft
zu denunzieren. Wenn die Denunziationen auch nicht immer
einen angenehmen Beigeschmack hatten, so wollen wir heute doch
nichts gegen diese Art des Kampfes sagen, weil wir einmal
annehmen wollen, daß keine andre Triebfeder als die unausgesetzte
Sorge um das Wohl der leidenden Menschheit die Ärztekammer in
den Kampf getrieben hat. Die mit amtlichem Charakter ausgestattete
Organisation der Ärzte würde sich ein hohes Verdienst erwerben
und zugleich ihre Unparteilichkeit dokumentieren, wenn sie auf Grund
der in der „Zeit am Montag“ veröffentlichten Aktenstücke auch den
Gefängnisarzt Herrn Dr. Pfleger vor ihr Forum ziehen wollte.
Um so besser für diesen Arzt und auch für die Gefängnisverwaltung,
wenn der Herr aus einer solchen streng unparteiischen Untersuchung
bühlig gerechtfertigt hervorgeht.

Zu den Veröffentlichungen der Aktenstücke selbst sei noch bemerkt,
daß Herr Redakteur Schneidert mittelst, er sei in einem aus Anlaß
der Veröffentlichungen eingeleiteten Verfahren gegen Unbekannt an
einem Tage zweimal vernommen worden, als er sich kürzlich im
Gefängnis zu Tegel aufhielt. Ebenso sei in der Sache bei ihm
erfolglos gehandelt worden.

In einem Vortrage über Krankenhaus-Fürsorge Berlin und der
Vororte, den Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Guttstadt kürzlich im
Haus- und Grundbesitzerverein in Bestende hielt, hat der Vortragende
einige allgemein interessierende Anregungen gegeben. Nach einem
Bericht des „Grundbesitzers“ hat er u. a. darauf hingewiesen, daß
in Wien Kaiser Josef das große Allgemeine Krankenhaus gegründet
hat, das gleichzeitig auch die Armenpflege besorgt. Ein bestimmter
Prozentsatz vom Netto sei für das Krankenhaus bestimmt, auch
Zuschüsse zu der Bestreuerung der Hinterlassenschaften. Die Stadt
Wien bezahle für Gemeindefürsorge täglich 1 Gulden und habe bei
der Eingemeindung die bestehenden Krankenhäuser übernommen und
volle Einheitlichkeit eingeführt. Es sei zu wünschen, daß bei uns
ähnlich verfahren werde. Charlottenburg, Nördorf, Schöneberg und
der Kreis Teltow haben Krankenhäuser und stürzen sich in große
Ausgaben, die steigen werden wie in Berlin. Eine Einheitlich-
keit auf diesem Gebiete ließe sich schaffen durch
Zuschüsse zur Erbschaftsteuer oder Verlastung des
steuerfreien Nachlasses und Verwaltung durch ge-
meinsame Krankenhaus-Behörden. Neben einer
einheitlichen Leitung für alle Krankenhäuser sei auch die Einrichtung
und Abhaltung von sogenannten Amstagen zu empfehlen. Ein
höherer Verwaltungsbeamter müsse mit den zuständigen Ärzten und
Beamten im Krankenhaus zu bestimmter Zeit den Kranken Ge-
legenheit geben, ihm etwaige Wünsche und Beschwerden vorzutragen.
Diese Einrichtung werde sicherlich von legendärem Erfolge begleitet
sein und im Sinne der Krankenhaus-Fürsorge liegen. — Schließlich
sprach sich Geh. Rat Guttstadt auch gegen die Maßregel aus,
wonach die von außerhalb nach Berlin kommenden Kranken die
vollen Selbstkosten zahlen sollen. Berlin müßte es als ein nobilium
officium ansehen, hier nicht so färröf die Kostenfrage in den Vorder-
grund zu stellen. Als vornehmste Stadt des Reichs habe Berlin
auch gegen die nicht ganz armen Bewohner in der Provinz gewisse
Pflichten, und sein Ansehen erfordere es, daß diese Pflichten ohne
eine allzu ängstliche Rücksichtnahme auf die finanzielle Seite erfüllt
würden.

Gegen den Mißbrauch von Geheimmitteln richtet sich eine neue
Polizeiverordnung für den Landespolizeibezirk Berlin, die zum
1. April in Kraft gesetzt werden wird. Die Polizeiverordnung
fährt 95 der bekanntesten, meist durch Klamme vertiebene
Heilmittel auf. Genannt werden z. B. Corpulm, Ehrig Godineau,
Gefährd, Weidemanns Kräuterthee, Pastor Königs Nerven-
stärker, Pain-Extrakt, Alberts Remedy, Sauerstoffpräparate
der Sauerstoff-Heilanstalt Wilsdorf, Brandschweizerpillen,
Mistlers Stomachal, Marians Pin, Heilmittel des Grafen
Mattei. Die öffentliche Antilindigung oder Anpreisung aller
der genannten Mittel wird verboten. Die Gefäße und die äußeren
Umhüllungen, in denen diese Mittel abgegeben werden, müssen mit
einer Inschrift versehen sein, die den Namen des Mittels oder die
Firma des Verfertigers deutlich erkennen läßt. Außerdem muß die In-
schrift auf den Gefäßen oder den äußeren Umhüllungen den Namen
oder die Firma des Geschäftes, wo das Mittel vertrieben wird, und
die Höhe des Abgabepreises enthalten; diese Bestimmung findet auf
den Großhandel keine Anwendung. Zuwiderhandlungen werden mit
Geldstrafe bis zu 60 M. bedroht.

Erklastete Menschen. Erbauliche Zustände dede ein Zivilprozeß
auf, der gegenwärtig bei dem Landgericht I Berlin schwebt. Der
Freiherr v. H... berg stand als Lieutenant bei einem Infanterie-
Regiment in Preuzlau. Da er weniger in seiner „kleinen Garnison“,
als in Berliner Nachhilofalen sichtbar war, stieg seine chronische Geld-
verlegenheit bald ins Ungemeßene. Um sich über Wasser zu halten,
machte er zusammen mit einem vorbeirahnten Agenten L. die
gewagtesten Geschäfte. So spiegelte er einer hiesigen großen
Automobilfirma vor, er brauche ein Automobil, um in der
Garnison, in der er sich tödlich langweile, spazieren
zu fahren. Der Vertreter der Firma fuhr das Kauf-
objekt, ein Automobil im Werte von 8500 M., zusammen mit dem
Agenten L. selbst nach Preuzlau, erhielt aber hier von H. und dem
inzwischen neuen Falschung von Parolebüchern besessenen Lieutenant
v. H. nur wertlose Wechsel statt Barzahlung. Selbstverständlich sah
die Firma Hof und Reiter niemals wieder. Frhr. v. H. fuhr sofort
nach Berlin und verkaufte das Automobil für einen Spottpreis an
einen Herrn B. in der Fasanenstraße. — Noch eigenartiger ist der
Pferdehändler H. Wagen und Pferd losgeworden. Frhr. v. H.
gab dem Agenten L., der in diesen Dingen bewandert
ist, einen Wechsel, um darauf Geld zu machen. L. kaufte
von dem Pferdehändler H. Dogcart und Pferd und gab den
Wechsel in Zahlung. Dann verleierte er Wagen und „erd, ohne von
dem Erlöse dem Freiherrn v. H. etwas abzugeben. v. H. cedierte
sein seinen Anspruch auf diesem Geschäft für eine Schuld dem
Restaurateur A. Dieser wurde nun in dem oben erwähnten Prozesse
durch den Rechtsanwält Walter Kahn gegen den Agenten L. und den
Pferdegläubiger auf Herausgabe von Pferd und Wagen klagbar.

Freiherr v. H. hat sich inzwischen unter Hinterlassung vieler leid-
tragender Gläubiger nach Brasilien begeben.
Sittlichkeit unter Studenten. Auf Antrag der sechs Studenten:
Walter Göge, A. Lange, V. Senfpiel, W. Jacobi, Hans Heinze und
Hans Brede — zumeist Mitglieder eines studentischen Sittlichkeits-
vereins — hat die Staatsanwaltschaft gegen das wissenschaft-
lich-humanitäre Komitee, das unter Leitung von
Dr. M. Dirschfeld steht, Anklage erhoben wegen einer statistischen
Enquete, welche das Komitee veranstaltet hat, um den Prozentsatz
der Homosexuellen zu ermitteln. Die Anklagebehörde erblidte in
dem Mundschreiben, welches die hauptsächlich aus Ärzten bestehende
statistische Kommission des Komitees verfaßt und verhandelt hat, eine
Verleumdung der Befragten sowie eine Verbreitung unzüchtiger
Schriften. Man darf auf den Ausgang des Prozesses um so ge-
spannt sein, als von 2000 angefragten Studenten über 1750 völlig
korrekt geantwortet haben und das Ergebnis dieser und ähnlicher
Erhebungen, welches zur Zeit bearbeitet wird, von hohem wissen-
schaftlichen Werte ist.

Die Rimmerstatten. Ein neuer Vorstoß gegen das Wohnen der
städtischen Lehrer und Beamten in den Vororten soll von den Haus-
besitzern verhindert werden. Der Bund der Berliner Grund-
besitzer-Vereine hat die Abfindung einer neuen Petition an den
Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung, sowie an den
Oberbürgermeister in dieser Angelegenheit beschlossen, in welcher auf
die Schädigung des Stadtbilds, der Grundbesitzer und Gewerbe-
betreibenden durch das zahlreiche Auswärtswohnen der Berliner
städtischen Lehrer hingewiesen werden soll. Die Petenten legen der
Eingabe eine Statistik zu Grunde, nach welcher 17 Proz. der
Gemeindefachlehrer, 34 Proz. der Realfachlehrer und 44 Proz. der
Gymnasiallehrer in den Vororten wohnen und verlangen, daß
seitens der städtischen Behörden die Erlaubnis hierzu nur in seltenen,
wirklich begründeten Ausnahmefällen erteilt werde.

Direktor Jessen von der I. Handwerkerhufe in der Lindenstraße
und Mitglied des Kuratoriums der städtischen Fortbildungsschule für
Taubstumme ist am Montag früh plötzlich gestorben.

Die Kirche im Zeichen des Verkehrs. Der alte Dreifaltigkeits-
Kirchhof vor dem Potsdamer Bahnhof, ein Verkehrshindernis ersten
Ranges, soll belamlich recht bald verschwinden. Der Gemeinde-
kirchenrat macht aber Schwierigkeiten. Durch die im Jahre 1889
festgelegte Flurstücklinie der Königsgräberstraße ist nur eine Fläche von
115 Quadratmeter des alten Kirchhofes zur Straße bestimmt worden.
Der Polizeipräsident hält in Uebereinstimmung mit dem Magistrat
die Freilegung dieser Fläche, die unmittelbar an die Königsgräber-
straße grenzt, im Interesse des allgemeinen Straßenverkehrs für
dringend erforderlich und hat seine Genehmigung zur Abklärung der
noch bis zum Jahre 1913 laufenden Liegefrist für diesen Teil
des Kirchhofes erteilt. Die vom Gemeindefkirchenrat der Dreifaltigkeits-
Kirche hiergegen eingelegte Beschwerde ist vom Kultusminister ab-
schlägig beschieden worden. Die Verhandlungen wegen freihändigen
Erwerbes der Fläche sind ohne Ergebnis geblieben. Der Gemeindef-
kirchenrat war zur Abgabe einer Forderung nicht zu bewegen. Der
Magistrat hat deshalb beschlossen, die qu. Fläche von 116 Quadrat-
meter im Enteignungsverfahren zu erwerben, wozu die Stadt-
verordneten-Versammlung ihre Zustimmung geben muß. Leider
wird dadurch nicht allzu viel gewonnen, weil dann der größte Teil
des Kirchhofes immer noch bis 1913 in seinem jetzigen Zustande
liegen bleiben muß.

Ein Gefährtes, in dem besonders „wilde Männer“ mit ihren
Freundinnen einen Unterschlupf fanden, hat die Kriminalpolizei in
der Großen Frankfurterstraße gestern ausgehoben. Ein alter Judt-
händler Steindt hatte dort, obwohl er unverteidigt ist, eine
ziemlich große Wohnung gemietet. Zu ihm kamen viele Verbrecher,
die als geisteskrank in Herzberge untergebracht und als „gehehrt“
entlassen waren, und vertrauten ihm ihre Beute zum „Verwahren“
oder zum Aufbewahren an. Steindt gewährte ihnen auch Kost und
Unterkommen und berechnete dafür einen erheblichen Anteil vom
Erlös für die Ausbeute. Zu seinen engeren Freunden gehörte der
„Kürassier-Gustav“, ein früherer Schlächter Gustav Schmidt, der bei
den Brandenburger Kürassieren gedient hat und schon geraume Zeit
verrückt ist.

Eine Kasperhufe. Wegen Stupperei ist die Ehefrau des früheren
Landmessers Wädner aus der Linstr. 90 verhaftet worden. Das Ehe-
paar bewohnt seit drei Jahren die Hälfte des zweiten Stockwerks.
Die Frau zeigte öffentlich an, daß sie junge Mädchen unentgeltlich
Manicure lehre. Es meldeten sich auch viele Mädchen, die diese
Gelegenheit nicht versäumen wollten, aber nur die hübscheren kamen
an. Mit der Ausbildung wurde es nicht so genau genommen, als
besonders wichtig aber wurde den Schülerinnen empfohlen, den
Herren recht liebenswürdig zu begegnen. Dann würden sie
schon bezahlen, auch wenn die Manicure noch nicht so
ganz vollendet ausfallen sollte. In Wirklichkeit war die „Manicure“
nur ein Mittel zum Zweck. Die Mädchen, die auf das Angebot ein-
gingen, waren bald dort, wo Frau Wädner sie haben wollte. Die
gewissenlose Frau besorgte das Einfässieren für alle Leistungen“
ihrer Anwesenden selbst, den Mädchen gab sie nur einen kleinen Teil
als Entschädigung ab. Das „Geschäft“ ging lange gut. Endlich
aber schlug ein Mädchen, das auf das Ansuchen der Frau nicht ein-
gehen wollte, den richtigen Weg ein, indem es Anzeige erstattete.
Nun wurde das Treiben behördlich beobachtet, und das Ergebnis
war derartig, daß man Frau W. festnahm und in Untersuchungshaft
setzte. Der Ehemann wurde ebenfalls eingezogen, aber wieder auf
freien Fuß gesetzt.

Wieder ein Rangierer getötet. Der 36 Jahre alte Rangierer
Ludwig Hillinski aus der Warschauerstr. 20 war seit fünf Jahren
auf dem Ostbahnhof an der Warschauer Brücke beschäftigt. In der
Nacht zu gestern wollte er zwei Wagen eines Güterzuges, der
zusammengestellt wurde, aneinander kuppeln. Plötzlich hörten
andere Rangierer ihn laut aufschreien und fanden ihn zwischen beiden
Wagen auf dem Geleise liegend. Er hatte schwere Quetschungen
am Hals und anderen Körperteilen und starb nach kurzer Zeit auf
der Unfallstelle. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte die Leiche und
sieh sie nach dem Schauhause bringen. Der Verunglückte hinterläßt
seine Frau mit zwei Kindern im Alter von sechs und vier Jahren.

Nach einigen Unterschlagungen ist ein jugendlicher Abenteuerer
durchgebrannt. Der 18 Jahre alte Schiffschifferslehre Oscar Krüger,
der seit einem Jahre in der Großschiffahrt seiner Tante in der
Samariterstraße 21 beschäftigt war, hatte durch Lesen von allerhand
Geschichten einen so starken Hang zum Abenteuer bekommen, daß
es ihn schließlich in Berlin nicht länger hielt. Nachdem er bei
mehreren Kunden geliefert und den Betrag der Rechnung eingezogen
hatte, machte er sich am Sonntagabend aus dem Staube. Wahr-
scheinlich hat er den Weg nach Hamburg eingeschlagen, um von dort
auf See zu gehen.

Der Landstrafenstrafen. Sonntagabend gegen 7^{1/2} Uhr wurde,
wie uns mitgeteilt wird, der Werkmeister Schauburg aus
Steglitz auf der Berliner Chaussee in Klein-Glienide bei Potsdam
von einem Berliner Automobilfahrer überfahren und so schwer ver-
letzt, daß er im Potsdamer Krankenhaus, wohin man ihn schaffte,
bald darauf verstarb.

Auf dem Heimweg aus einer Gesellschaft ist am Sonntag der
56 Jahre alte Landgerichtsrat Otto Weber gestorben, der seit
30 Jahren am Landgericht II angestellt war und als Junggeheile in
der Linstr. 26 wohnte. Auf dem Rückweg von Charlottenburg brach
er 10^{1/2} Uhr abends in der Rotunde auf dem Viktorplatz zusammen.
Ein Arzt, der scheinmüßig gerufen wurde, wollte ihn mit einer Drohfäse
nach dem Elisabeth-Krankenhaus bringen, als man aber dort mit ihm
ankam, war er schon tot. Die Leiche wurde von der Revierpolizei
beschlagnahmt und zur Feststellung der Todesursache nach dem Schau-
hause gebracht.

Der Unterricht an der städtischen höheren Webeschule, Markus-
straße 49, umfaßt Abend- und Tageskurse und beginnt am
Donnerstag, den 7. April d. J. Die Tageskurse sind eingeteilt in
sieben Kurse: Musterzeichnen, kaufmännischer Kurvas, Konfektion,
Poisamentier- und Besatzkonfektion, Hund- und Maschinenstickerei,
Wirterei und Strickerei sowie Härberei.

Im Berliner Zoologischen Garten befindet sich seit kurzem eine
Schnurbart-Merkelche, ein noch junges, reizendes Geschöpf,
das in Gesellschaft zweier Kapuzinenaffen einen Käfig des neuen
Affenhauses bewohnt. Dieser Neuzugarten, die nur selten aus West-
afrika, wo sie beheimatet ist, nach Europa gelangt, verleiht ihre auf-
fallende Gesichtsfärbung etwas ungemein Drolliges. Die weichen
Mäuler der verhältnismäßig großen Ohren und noch mehr die ab-
gesetzte weiße Oberlippe in dem bläulich angelaufenen Gesichte stehen
im merkwürdigen Gegensatz zu der sonst dunklen Farbe, und die
schlanke Figur mit den zierlichen Gliedmaßen, verbunden mit dem
sanften, zutraulichen Wesen gewinnen dem Tiere, das eine
interessante Bereicherung des Affenbestandes des Gartens darstellt,
rasch Freunde.

Aus den Nachbarorten.

Bei der Gemeindevahl in Schenkendorf haben unsere Parteige-
nossen einen glänzenden Sieg errufen. Unser Kandidat
Wilhelm Colberg erhielt 38 Stimmen, während der bürger-
liche Kandidat Batsch nur vier Stimmen erhielt. Dieser erste Sieg
der Parteigenossen am Orte ist um so höher anzuschlagen, als die
Zeit für die Wahlhandlung so ungünstig wie nur möglich, näm-
lich auf 1^{1/2} bis 2^{1/2} Uhr nachmittags angelegt war.

Ein tödlicher Baunfall ereignete sich auf dem vom Baumeister
Eupke in der Kaiser-Allee 213/14 zu Wilmerdorf ausgeführten
Neubau. Es sollte die Rüstung im Treppenhause der vierten Etage
abgerissen werden. Hierbei war in jeder Etage ein Arbeiter an-
gestellt, um die schweren Rüstbretter nach unten zu befördern. Einem
der Arbeiter fehlte es an Kraft, die Bretter so lange zu halten, bis
sein Kollege zugefakt hatte; es kam hinzu, daß weder durch Deckung
noch durch Anschlagung eine Vorsichtsmaßregel getroffen war, und so
geschah es, daß der Lehrling Patten von einem Rüstbrett mit
solcher Wucht gegen den Kopf getroffen wurde, daß er den Ver-
letzungen auf dem Transport nach dem Krankenhaus erlag. Der
Verunglückte stand im letzten Jahre in der Lehre und seine Eltern
hatten große Hoffnungen auf ihn gesetzt.

Steglitz. Die Etatsberatung bildete den einzigen Tages-
ordnungspunkt der letzten Gemeindevorsteher-Sitzung, und
diese Arbeit wurde in einem Zeitraum von zwei Stunden erledigt.
Die finanzielle Lage unserer Gemeinde hat sich so günstig gestaltet,
daß abermals eine Herabsetzung der Gemeinde-Einkommensteuer um
10 Proz., also von 125 auf 115 Proz., erfolgen konnte; den Haus-
besitzern wurde außerdem durch Herabsetzung der Kanalisations-
gebühren von 2 auf 1 Proz. eine wesentliche Aufbesserung ihrer
kümmerlichen Lebenshaltung besichert; sie haben in diesem Jahre
38000 M. mehr zu verzehren, ohne daß sie deshalb in eine „Lohn-
bewegung“ einzutreten brauchen. Der durch diese Beschlüsse bedingte
Einnahme-Ausfall wurde durch weise Sparsamkeit an anderen Stellen
wieder ausgeglichen. So wurde z. B. der Antrag, für die Oberlehrer an
den höheren Schulen den Wohnungsgeld-Zuschuß von 600 auf
800 Mark und das Grundgehalt der technischen und Volksschul-
Lehrer von 1300 auf 1400 M. zu erhöhen“, gegen 6 Stimmen
abgelehnt; die Lehrer erhielten vorläufig nur einen Wechsel auf den
1. April 1905 und die Schmeichelworte, daß man ihnen so viel
Idealismus zutraue, daß sie wegen Verweigerung „der paar Mark“
ihre Arbeitsfreudigkeit nicht verlieren würden. Auch die Errichtung
einer Badeanstalt wurde „für die nächsten Jahre“ zurückgestellt.
Wenn man bedenkt, daß heutzutage fast alle Wohnungen mit
mindestens drei Zimmern Badeeinrichtung haben, Steglitz nur etwa
eine Stunde von Berlin entfernt liegt, wo es einige Bade-
anstalten giebt, und unser Dorf erst ca. 26000 Einwohner hat,
so wird man den Gemeindevorsteher recht geben müssen, daß eine
Badeanstalt vorläufig noch nicht nötig ist, und daß sie ihrer Bildung
vollständig genügt haben, daß sie den in den Etat eingestellten
Mitgliederbeitrag an die Deutsche Gesellschaft für Volks-
bäder in Höhe von 20 M. anstandslos bewilligen.

Freiwillige Lehrerfreundschaft. In der Gemeindevorsteherung zu
Lichtenberg äußerte sich der freimüthige Herr Plonz über den
Schuletat, nachdem vorher der schäbsterne Versuch gemacht worden
war, über die Frage der Lehrergehälter in geheimer Sitzung zu
verhandeln. Dies mißlang allerdings, da unsere Parteigenossen
widerstrebten. Der Regierung, so meinte Herr Plonz, müsse gezeigt
werden, daß die Gemeindevorsteherung Rücksicht habe; man müsse
Obstruktion gegen jede Forderung machen, die auf Vermehrung der
Lehrkräfte hinauslaufe und so die Regierung zwingen, der Gemein-
de die Schullasten abzunehmen. So lange dies Ziel nicht erreicht sei,
sollte die Gemeindevorsteherung auch die Erhöhung der Alterszulagen von
200 auf 250 Mark ablehnen; wenn er aber dem Kompromißvorschlag
der Etatskommission zustimme, der eine Erhöhung um 25 Mark vor-
sehe, verlange er drei Jahre Ruhe. Die Fortbildungsschule habe
noch 2 Zeit, die vorgezeichneten Klassen für Winterbegabte seien eine
Rodeforderung zuzuführen, gegen die sich die Eltern ver-
wehren sollten. Unter den Schullasten leide der Grundbesitz vor-
nehmlich. Unsere Parteigenossen wiesen diesen freimüthigen Anschauungen
gegenüber darauf hin, daß nicht allein 23 fliegende Klassen am
Orte seien, sondern daß man auch die Normalfrequenz der Klassen bei
weitem überschritten habe; eine Reihe Klassen sei ohne Lehrer und
es fehle jede Vertretung. Die sprunghafte Schaffung neuer
Lehrerstellen sei eine Folge der sich liberal nennenden Kommunal-
politik, die darauf beruhe, daß man aus Obstruktion auch die not-
wendigsten Lehrkräfte verweigere. Obstruktion hätte man bei
anderen, notwendigen Gelegenheiten treiben sollen. Soweit der
Vorberhand mit Berlin in Frage stehe, sei darauf hinzuweisen,
daß in der Reichshauptstadt gerade die herrschenden Freunde
des Herrn Plonz keinen Finger rührten, um den bestehenden Miß-
ständen abzuhelfen. Unsere Parteigenossen traten mit Energie
dafür ein, daß die Lehrergehälter erhöht, die Fortbildungsschule und
die Klassen für Winterbegabte geschaffen und die Schulhöfe als
Spielplätze freigegeben werden. Sie erzielten den Erfolg, daß die
Alterszulage um 25 M. erhöht, das Grundgehalt der Lehrerin auf
1100 M., die Mietsentschädigung der Direktoren von 600 auf 700 M.
angefragt wurde. Von den verlangten Lehrerstellen wurden zwei
zum 1. April bewilligt. Geführende Würdigung fand die Anregung
des Herrn Plonz, monach die unverheirateten Lehrer gehalten sein
sollen, die nicht mit Möbeln versehenen Giebelzimmer des Schul-
hauses in der Dorfstraße zu mieten.

Vortragsabend. Heute (Dienstag) abend 9 Uhr findet im Kaiser-
städtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37, ein Vortragsabend statt, auf
welchem Emma Doy über „Die Liebe im Menschen“ (Camille Lemonnier)
sprechen wird. Im nachfolgenden künstlerischen Teil wirken mit: Kapell-
meister Leonhardt (Klavier); Geige: S. Gieslar (Himmels), Chopin-
Saralate, Schuberl; Gesang: Maria Meyer (Wagner, Lohse, Rubinstein);
Recitation: Erich Burger, Käthea Gradow, Peter Hille. — Eintritt 10 Pf.
(einsig referierte Klöße 1 M.).

Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1885 (E. N. 71.)
SO. 16, Reanderstr. 4, Dienstag, den 29. März cr., abends 9 Uhr, im
Restaurant Frölich, Alte Jakobstr. 89: Sitzung.

Marktpreise von Berlin am 26. März 1904
nach Ermittlungen des Hl. Polizeipräsidenten.

*Weizen, gut	D.-Gr. 17,45	17,43	Kartoffeln, neue D.-Gr.	8,00	6,00
- mittel	17,41	17,39	Rindfleisch, Reute 1 kg	1,80	1,20
- gering	17,37	17,35	do. Bauch	1,40	1,10
*Roggen, gut	12,95	12,94	Schweinefleisch	1,60	1,00
- mittel	12,93	12,92	Kalbsteif	1,80	1,20
- gering	12,91	12,90	Lammfleisch	1,80	1,20
+Gerste, gut	12,80	12,80	Butter	2,60	2,00
- mittel	12,80	11,90	Eier 60 Stck	4,00	2,80
- gering	11,80	11,00	Karpfen 1 kg	2,40	1,30
+Hafer, gut	15,00	14,00	Kale	3,00	1,40
- mittel	13,90	13,00	Hander	3,00	1,20
- gering	12,90	12,00	Hechte	2,20	1,30
Nichtstrog	3,82	3,50	Barfche	2,00	0,80
Hcu	7,20	4,80	Schleie	3,00	1,40
Erlben	40,00	28,00	Biele	1,40	0,80
Speisebohnen	50,00	26,00	Aerebe per Schof	15,00	3,00
Linien	60,00	25,00			

* ab Bahn.
† frei Wagen und ab Bahn.

Brickkasten der Redaktion.

Carl XII. 1. u. 2. von Schweden. 2. Postverdienst: Wenn man in einem Mann wagt, wer in einem Mann war, hat in einem Mann in einem Mann...

Sternen-Sonnenbad, Gewerkschaftshaus, Engel-Liter 13. - Düsseldorf. (Wette.) Sie sind im Unrecht. Gibt es eine der höchsten Festtage. Die Arbeit ruht. - Wetzlar. Brotschüre kostet 2 M. Korrespondenzblatt...

Wetter-Prognose für Dienstag, den 29. März 1904. Trocken und vorwiegend heiter, nachts leichter Frost, am Mittwoch ziemlich warm bei frühen nördlichen Winden.

Witterungsübersicht vom 28. März 1904, morgens 8 Uhr. Table with columns for Stations, Barometer, Wind, Clouds, Rain, and Temperature.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 29. März. Anfang 7 1/2 Uhr: Oberwald, Daphnis und Chrysis. Schanzpielhaus, Egmont. Deutsches, Rose Bernd. Verliner, Naja. Leising, Jagdenreich. Weiten, Der Postillon von Lonjumeau.

Schiller O. (Ballner-Theater.) Uriel Acosta. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Die Wildente. Kleines, Nachtjagd. Trianon, Der Staatsmann von Venedig. Carl Weich, Ein Mädchen aus dem Balle. Deutsch-Amerikanisches, Ueber'n großen Teich. Gebr. Herrnsfeld, Nur eine Nacht. Winter-Garten, Jette Guilbert. Costantine Bernarbi, Spezialitäten. Metropol, Ein tolles Jahr. Casino, Salben-Caspiel. Raub der Sabinerinnen. Apollo, Frühlingsluft. Blüten-herbst, Spezialitäten. Reichsballen, Stillmer Säng. Vossage-Theater, Calcedo, Spezialitäten. Urania, Taubenstraße 48/49. Um 8 Uhr: Frühlingsstage an der Riviera. Am 4 Uhr: Von der Zugsitze zum Watzmann. Invalidenstr. 57/62. Um 8 Uhr: J. Hoelling: Die Spektral-Analyse der Gestirne.

Central-Theater.

Seite 74, Uhr: Letzte Aufführung: Das Schwalbennest. Operette in 3 Akten von H. Ordonneau. Musik von Henry Herblay. Donnerstag u. Sonnabend abends 7 1/2 Uhr: Die Glocken von Cornoville. Romanische Operette in 3 Akten.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5. Minna von Barnhelm. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Caudina.

Luisen-Theater.

Zum erstenmal: Der Kaufmann von Venedig. Anfang 8 Uhr. Mittwoch: Der Besessene. Donnerstag: Der Verrückteste. Freitag: Geschlossen. Sonnabend: Das Kästchen von Helldrom.

Residenz-Theater

Direktion E. Lautenburg. Wende 7 1/2 Uhr: Die Empfehlung. Abends 8 Uhr: Der kausche Casimir. Dienstag, den 5. April: Erstes Schauspiel von Adolf Sennenthal: Nathan.

Metropol-Theater

Zum 18. Male: Ein tolles Jahr. Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollander. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.

Mein Leopold.

Ostersonntag und Ostermontag und die folgenden Tage: Ein tolles Jahr

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.) Dienstag abends 8 Uhr: Uriel Acosta. Trauerspiel in 5 Akten von Karl Gupflov. Mittwoch abends 8 Uhr: Der Fleck auf der Ehr'.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4410. Amt 7 1/2 Uhr. Direction Jean Kren. Heute Dienstag u. morgen Mittwoch: Der Hochtourist. mit vollständig neuen Gesangsleistungen. In allen drei Theaterstagen, nachmittags 3 1/2 Uhr: Charleys Tante.

Cirkus Schumann.

Heute Dienstag, den 29. März 1904, abends 7 1/2 Uhr: Andalusig, in spanischer Schule, gesteuert von Fräulein Dora Schumann. Serpentine zu Pferde von Miss Vally. Cake Walk zu Pferde von Geschwister Meers. August Cottrell mit seinen dressierten Hunden. Die Löwenherde des Herrn Jul. Seeth. Frères Skrenka, in ihrer Sonderarbeit. Babel. Die Pracht, der Untergang u. die Wiedererweckung des Weltreiches von Babylon.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Frühlingsstage an der Riviera. Um 4 Uhr (kleine Preise): Von der Zugsitze zum Watzmann. Invalidenstr. 57/62. Um 8 Uhr: J. Hoelling: Die Spektral-Analyse der Gestirne.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 105. Afrika in Berlin!!! Tunesen-Truppe. Grosse Völkerschau. Die schönen Harems-Damen in Tunis.

REUTE: 217.

AUFFÜHRUNG. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr 30. A. GROSSEN TEICH.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44. Nachtasyl. Anfang 8 Uhr. Morgen: Elektra.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Unterfildstraße. Das elfte Gebot. Hierauf: Der Dieb. Anfang 8 Uhr. Sonntagnachmittag: „Madame X.“

Passage-Theater.

Anfang Sonntag, 3. Wochentags 5 Uhr. Anfang 8. Abendvorstellung 8 Uhr. Ganz Berlin schreit vor Lachen bei dem Redestreit der beiden feindlichen Improvisatoren Holländer u. Steinitz. 14 erstklassige Nummern.

Gebüder Herrnsfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Sonntag 8 Uhr. Heute und folgende Tage das Herrnsfeldsche Sensationsspiel Nur eine Nacht! Zwei Akte aus einer Zeit. Vorher: Künstler-Teil u. a. Bendix und Edl Stadler. Dienstag, den 5. April. (3. Osterfesttag) Vereinte von Am andern Morgen! Nachspiel zu „Nur eine Nacht“. Komödie von H. und D. Herrnsfeld.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Dienstag abends 8 Uhr: Die Wildente. Schauspiel in 5 Akten v. Henrik Ibsen. Mittwoch abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Der Geizige. Hierauf zum erstenmal: Der eingebildete Kranke.

Belle-Alliance-Theater.

Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283. Amt 7 1/2 Uhr. Direction Jean Kren. Heute Dienstag u. morgen Mittwoch: Götterweiber. Lustspiel. Rolle mit Helena und Tang. Sonntagnachm. 3 Uhr bei H. Prellen: Die Räuber.

Apollo-Theater.

Täglich 8 Uhr: Frühlingsluft. 9 1/2-11 Uhr: Die grandiosen März-Specialitäten und „Magdalena“, die Schlafkammerin. 1. Osterfesttag, nachm. 3 Uhr, zum vorletztenmal: Frühlingsluft. Abends: Premiere: Liebesgötter. 2. Osterfesttag, nachm. 3 Uhr, zum letztenmal: Frühlingsluft. Abends: Liebesgötter.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 10. Heute geschlossen! Wiedereröffnung: Am ersten Osterfesttag. In allen drei Theaterstagen: Grosse Festvorstellungen!

Casino-Theater.

Lothringersstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2. Bis Mittwoch: Der Raub der Sabinerinnen. Donnerstag und Sonnabend: „Wie einst im Mai.“ In allen Theaterstagen: Der Raub der Sabinerinnen.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstr. 58. Während der Charwoche: Geschlossen! Sonntag, 3. April (1. Osterfesttag): Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 8 Uhr. Montag, 4. April (2. Osterfesttag): Pechschulze. Anfang 7 Uhr. Nach der Vorstellung: Grosser Ball.

Carl Weiss-Theater.

Grosse Frankfurter Straße 132. Beste Vorstellung unter Direction Carl Weich. Zum letztenmal: Ein Mädchen aus dem Balle. Vollständ. mit Gesang in 3 Akten (5 Bildern) von Ceppi J. Simonoff u. G. Ritterfeldt. Musik v. H. Siger. Anfang 8 Uhr. Morgen: Benefiz für Fräulein Mill Wichmann: Die Jungfrau von Orleans.

Steidl-Theater

Linienstrasse 132. Oranienburger Thor. Morgen Mittwoch, den 30. März: Abschieds-Vorstellung der „Fritz Steidl-Sänger“

Königstadt-Kasino

Hohmannstr. 72. Ecke Alexanderstr. Grosse Extra-Vorstellungen: Sonntag, den 29. März bis Sonntag, den 2. April: Traum der Rose. Liebespiel in 1 Akt. Der Kapitän. Stemanns-Komödie in 1 Akt. Kästchen sämtlicher Spezialitäten mit Franz Sobanski. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Karfreitag geschlossen.

Cirkus Busch.

Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Weltmeisterschaft. Die 24 besten Ringer der Welt. Es treten in Konkurrenz: 1. Röhnack (Berlin) gegen Aimable de la Calmette. 2. Omer de Bouillon (Belgien) gegen Roepell (Berlin). 3. Sauerer (München) gegen Clém. le Terrassier (Belgien). 4. Heinrich Eberle gegen Charles Bernard (Schweiz). Das letzte Wort!!! Miss Schleife und Todessprung in einem Tempo. Der Bär als Kunstreiter, vorgeführt von Herrn Batty.

Palast-Theater

Burgstraße 28. früher Foen-Palast. Abends 8 Uhr: Zankteufelchen. Operette v. Linderey. Musik v. Rolfe. Abends 9 Uhr: Phänomenale Spezialitäten. Abends 10 Uhr: Der Muckebold. Bis 2. April geschlossen. Sonntag, den 3. April ca.: Zwei große Vorstellungen.

WINTERGARTEN

Letzte Vorstellungen. Yvette Guilbert. Paulin u. Doley Komische Radfahrer Karnevals-Golster-Tanz-Divertissement. Imro Fox Zauberkünstler Leo Billward Komischer Jongleur Madeleine Nocé Sängerin Prosper-Trupps Akrobaten.

Costantino Bernardi

Verwandlungsschauspiele Elastisch-equilibrist. Akt. The Seldoms Plast. Darstellungen. Biograph.

Reichshallen

Stettiner Sänger Zum Schluss: Reu! Cirkus Lenz und Cirkus Busch. Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Frühels Allerlei-Theater

früher Buchmann, Schönehauser Allee 148. Heute Dienstag: Harburger Sänger Nach der Vorstellung: Frei-Tanz. Anf. 8 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Vorzugsarten sind gültig.

Sanssouci.

Notenbajer Thor - Stat. der Hochbahn. Heute Dienstag: Letzte Vorstellung vor Ostern: Das bemooste Haupt Schauspiel in 4 Akten von Robert Schenck. In allen 3 Theaterstagen: Grosse Extra-Vorstellungen.

Gelegenheitskäufe

in Damen-Konfektion! Kostüme von 12 M. 50 Pf. an Paletots von 7 M. 50 Pf. an Röcke von 3 M. 50 Pf. an Reismuster spottbillig Damenmäntel-Fabrik Taubenstr. 20, I. Etage.

Gelegenheitskäufe

in Damen-Jackets, Capes, Kostüm-Röcken Einzelverkauf Ruppinerstr. 5, parterre.

Landparzellen (Baustellen), Vorortverkehr, Bahnhof bequem gelegen, landschaftlich hervorragende Gegend, Angelgelegenheit, steigende Grundpreise in schnell aufblühender Kolonie, in jeder Preislage und Grösse zu verk. Solv. Käufern gewähre zwecks Bau auskömm. Hyp. Offerten unter G. E. 408 an Rudolf Mosse, Berlin, Leipzigerstr. 103.

Damen-Konfektion

direkt aus der Fabrik. Kein Laden. Jetzt nach beendeter Engros-Saison Einzel-Verkauf enorm billig. Paletots, Jackets, Capes, Kostüme, Kostümröcke, Mädchenmäntel. Gegen Vorzahlung dieses Insrats an der Kasse werden 5% extra vergütet.



Robert Baumgarten

Hausvogelplatz 11, II. Et. (Ecke der Jerusalemstr.) Auch Sonntags geöffnet!

Wurst! Speck!

Speck, mag. Pf. 65 Pf., bei 5 Pf. 60 Pf. 65 Pf. 95 Pf. Lebkuchen in ganz u. halb. 95 Pf. Lebkuchenschinken o. Knochen 105 Pf. Braunschweiger Mettwurst 90 Pf. Thüringer Mettwurst 50 Pf. Halbsche Wurst 50 Pf. H. Leberwurst 90 Pf. Pommerische Mettwurst 90 Pf. Polnische und Mettwurst 65 Pf. Acht Pommerische Schmalwurst und Salami 95 Pf. Chaussee-Str. 27.

Paul Klähn, Str. 27.

So lg. Vor. frei g. Rdn. n. 37, R. 2 echte Rauchsalz, ca. 45-50 Pf. 50 Pf. 100 Pf. 150 Pf. 200 Pf. 300 Pf. 400 Pf. 500 Pf. 600 Pf. 700 Pf. 800 Pf. 900 Pf. 1000 Pf. 1100 Pf. 1200 Pf. 1300 Pf. 1400 Pf. 1500 Pf. 1600 Pf. 1700 Pf. 1800 Pf. 1900 Pf. 2000 Pf. 2100 Pf. 2200 Pf. 2300 Pf. 2400 Pf. 2500 Pf. 2600 Pf. 2700 Pf. 2800 Pf. 2900 Pf. 3000 Pf. 3100 Pf. 3200 Pf. 3300 Pf. 3400 Pf. 3500 Pf. 3600 Pf. 3700 Pf. 3800 Pf. 3900 Pf. 4000 Pf. 4100 Pf. 4200 Pf. 4300 Pf. 4400 Pf. 4500 Pf. 4600 Pf. 4700 Pf. 4800 Pf. 4900 Pf. 5000 Pf. 5100 Pf. 5200 Pf. 5300 Pf. 5400 Pf. 5500 Pf. 5600 Pf. 5700 Pf. 5800 Pf. 5900 Pf. 6000 Pf. 6100 Pf. 6200 Pf. 6300 Pf. 6400 Pf. 6500 Pf. 6600 Pf. 6700 Pf. 6800 Pf. 6900 Pf. 7000 Pf. 7100 Pf. 7200 Pf. 7300 Pf. 7400 Pf. 7500 Pf. 7600 Pf. 7700 Pf. 7800 Pf. 7900 Pf. 8000 Pf. 8100 Pf. 8200 Pf. 8300 Pf. 8400 Pf. 8500 Pf. 8600 Pf. 8700 Pf. 8800 Pf. 8900 Pf. 9000 Pf. 9100 Pf. 9200 Pf. 9300 Pf. 9400 Pf. 9500 Pf. 9600 Pf. 9700 Pf. 9800 Pf. 9900 Pf. 10000 Pf.

Teilzahlung Auf allerbequemste Weise alle Arten Uhren, auch Goldwaren (wöchentlich nur 1 M.)

Jahre & König, Darschauerstr. 72 I.

Sprechmaschine

die Beste der Welt, sowie selbstspielende Musikwerke auf Teilzahlung Neue Königstr. 47 direkt a. Alexanderpl.

Kranz- und Blumenbinderei

von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2. Kranz- und Blumenbinderei von H. Rodewald, Alexandrinenstrasse 1a. Kränze mit Bildnisschleifen, Strang- u. Korbkränze, Bouquets, Topfgewächse jeder Art zu preiswert.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Roben. Bestellungen nach Maß in kürzester Zeit. Bestillt im Hause. J. Kurzeberg, Neue Königstr. 47. direkt am Alexanderplatz.

Maifest-Abzeichen

Abzeichen für Gesangsvereine u. Turnvereine mit Text: „Fest-Feit“. Katalog kostenlos und franko. Albin Langer, Chemnitz, Brühl 22. 45992

Sozialdemokratischer Wahlverein für Rummelsburg.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Wahlkreis 8/5 Hermann Schulz, Neue Bahnhofstr. 20, am 28. März verstorben ist. Die Beerdigung findet Dienstag, den 29. März, nachm. 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus statt. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

Berlin V. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege Christian Huber am 25. März nach langen Leiden verstorben ist. Seine feierliche Beerdigung findet am Dienstag, den 30. März, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Rathhauses, Großgörschenstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

Dankfagung.

Für die herliche Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Tochter, unserer Schwiegertochter und Schwägerin Anna Hans sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie den Kollegen und Kollegen der H. C. G. unsern herzlichsten Dank. 46772 Familie Hans.

Orts-Krankenkasse

der Hader u. Siebmacher. Von Sonnabend, den 2. April cr., befindet sich das Kassenlokal, Gullenstr. 57, vorn 1 Tr. Am Sonnabend, den 2. April, bleibt das Kassenlokal wegen Umzugs geschlossen. Berlin, den 29. März 1904. 272/6 Der Vorstand.

1903er Judt-Gühner.

feingelund, jetzt fleißig legend, verkauft F. Wegner, Berlin, Mariannenstr. 34.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.

Specialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Apotheke z. goldenen Adler

Alexanderstr. 41. Hämorrhoidallikör a Flasche 1 Mark, 7 Flaschen 6 Mark. Mehrere hundert Parzellen, bis 10 M. p. □. Rute, mit und ohne Wald, neue Willenslonie, 2 1/2 Hekt. vom Centrum Berlins, st. Boden, verl. Schulz, Rigdorf, Renustr. 12.

10% Rabatt

auf Echte Perser Teppich!

Smyrna, indische türkische Fabrik

Teppich-Specialhaus Emil Lettich, Oranienstr. 158, Berlin S. Selten günstige Kaufgelegenheit.

Arbeiter unterstützt ausschliesslich nur die Konsum-Vereine

die auf dem Boden des Centralverbandes stehen. Kauft nur in den nachstehenden Verkaufsstellen:

- | | | | | | |
|--|--|--|---|---|--|
| <p>Norden:
Zwinmünderstr. 44.
Görnerstr. 46.
Buttmannstr. 19.
Wildebomstr. 30.
Gartenstr. 3.</p> <p>West:
Wiesestr. 31.
Gubenerstr. 45.
Gabelbergerstr. 6.
Hofackerstr. 21.</p> <p>Schlächtere: Wittfockerstr. 8.</p> <p>Nordosten:
Windsstr. 64.</p> <p>Osten:
Göbelingstr. 11.
Krautstr. 7.
Friedrichstr. 7.
Bornborferstr. 62.
Münchebergerstr. 32.</p> | <p>Osten:
Stralauer Allee 20A.</p> <p>Südosten:
Zorauerstr. 10.
Bückerstr. 31.
Faldenheuserstr. 6.
Försterstr. 1.
Michaeliskirchplatz 4.</p> <p>Grünkransgeschäfte:
Försterstr. 20.
Glogauerstr. 3.</p> <p>Milchgeschäft:
Glogauerstr. 27.</p> <p>Bäckereien, Konditoreien, Niederlagen:
Flegnerstr. 23.
Försterstr. 20.
Admiralstr. 37.
Reichenbergerstr. 158.
Görnerstr. 68.</p> | <p>Glogauerstr. 28.
Ratiborstr. 2.
Faldenheuserstr. 31.</p> <p>Schlächtereien:
Glogauerstr. 28.
Faldenheuserstr. 18.
Flegnerstr. 24.
Nantuffelstr. 55.
Zalitzerstr. 81.
Cypelnerstr. 28.</p> <p>Süden:
Gräferstr. 40.
Kottbuser Damm 9.</p> <p>Bäckereien:
Gräferstr. 12.
Gräferstr. 35.</p> <p>Schlächtere:
Gräferstr. 13.</p> <p>Südwesten:
Kendlerstr. 5.</p> | <p>Südwesten:
Gagelbergerstr. 20.</p> <p>Schöneberg:
Hposiel Paulstr. 27.
Götzenstr. 1.</p> <p>Charlottenburg:
Wilmersdorferstr. 27.
Taurroggenstr. 10.
Potsdamerstr. 12.</p> <p>Steglitz:
Am Markt 2.</p> <p>Gross-Lichterfelde:
Dürerstr. 37.</p> <p>Tempelhof:
Berlinerstr. 76.</p> <p>Britz:
Werderstr. 33.</p> <p>Hixdorf:
Hietzstr. 31.</p> | <p>Gobrechtstr. 82.
Kosenstr. 4.</p> <p>Bäckereien:
Steinmehstr. 129.
Gallstr. 3.
Kirchhofstr. 2.</p> <p>Schlächtere: Kottbuser Damm 96.</p> <p>Treptow-Baumschulenweg:
Baumschulenweg 36.</p> <p>Ober-Schöneweide:
Edisonstr. 4.</p> <p>Johannisthal:
Königstr. 12.
Friedrichshagen:
Friedrichstr. 98.</p> <p>Erkner:
Königstr. 12.</p> <p>Spandan:
Habenstr. 9.
Mittelstr. 13.</p> <p>Tegel:
Schlieperstr. 2.
Zehlendorf:
Zeltowerstr. 1.</p> | <p>Neu-Lichtenberg:
Wilhelmstr. 9.</p> <p>Weissensee:
Friedrichstr. 12.
Langhausstr. 60.</p> <p>Adlershof:
Faldenheuserstr. 29.</p> <p>Alt-Glienick:
Königstr. 32.</p> <p>Friedrichshagen:
Friedrichstr. 98.</p> <p>Erkner:
Königstr. 12.</p> <p>Spandan:
Habenstr. 9.
Mittelstr. 13.</p> <p>Tegel:
Schlieperstr. 2.
Zehlendorf:
Zeltowerstr. 1.</p> |
|--|--|--|---|---|--|

Anmeldungen von Mitgliedern werden in jeder Verkaufsstelle entgegengenommen.

105/18

Anserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Anserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für Laubenbauer
Bretter, Laten, Stiele, Dachbänne,
Spaltleisten billig. 44212*
Charlottenburg, Bismarckstr. 89.

SPECIALITÄT:
Solide bürgerl. Einrichtungen
von 250—3500 Mark.

Bar oder
Teilzahlung
Kein
Kaufzwang.

Möbel

Keine Ladenmiete
Geringe Unkosten
Kleiner Nutzen
Grosser Umsatz

Reelle Ware
Niedrige Preise
Günst. Bedingungen

Wilh. Misch
Berlin NO.
Gr. Frankfurterstr. 45-46, I u. II.
gegenüber der Markusstrasse.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

Reichenbergerstrasse 5. **A. Schulz**, Reichenbergerstrasse 5.
Empfehle Einrichtungen von **240 bis 5000 M.** in nur anerkannt geüblicher Ausführung, auch einzelne Stücke, zu äusserst billigen Preisen.
Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. (42562*)

Zum Umzug!
Seltene Angebot:
Teppiche, gute Qualität, Perser Muster, ca. 130/200 St. 5,50
155/250 9,50
190/300 14,50

Portieren, Filz, Tuch, Garnit.: 2 St. u. 1 Lambr., in allen Farben, 8,25.
Plüsch, Garnit.: 2 St. u. 1 Lambr., in allen Farben, 9,35.

Tischdecken, Filz, Tuch mit Silberel, St. 2,35 u. 2,90.

Steppdecken, St. 3,50, 5,50 u. 7,50.

Teppichhaus
Georg Lange, Chausseestr. 68-69.

Ich leiste viel mehr als meine Konkurrenz.
Ich stehe völlig unerreicht da bezüglich meiner enorm grossen Auswahl in Formen und Preisen. In jedem Gut verleihe ich ein vergoldetes Monogramm.

Alvin Sussmann, Hut-Engros-Geschäft, Holzmarkt-Strasse 38, parterre. 46162*

G. Cyliax
empfehle zum bevorstehenden Osterfeste die billigsten und besten
Oster-Nasen und Oster-Eier.
== Filialen in allen Stadtteilen. ==
Eigene Grossfabrikation. 46102*

M. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabakfabrik. 3959L*
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in
Cigarren, Cigaretten, Nauch-, Kau- und Schnupftabaken.
Amt 4. 3014.

Nur 1,50 Mk. kostet jede Uhr
bei mir zu reparieren u. reinigen unter Garantie des Gutgehens (ohne Bruch), kleine Reparaturen billiger. Grosse Auswahl in Uhren u. Goldwaren zu billigen Preisen. Goldene Damen-Remontoir, 10 Steine, v. 18.—, Goldene Herren-Doppelkapsel-Remontoir v. 50.—, Silberne Remontoir v. 9.—, Regulaturs, Freischwinger, Wecker- u. Wanduhren, Goldene Herren- u. Damen-Ketten, Ringe, Schmucksachen in modernsten Façons für jeden Geschmack. Für jede bei mir gekaufte Uhr leiste 3 Jahre Garantie. 3597L*

Karl Lux, Uhrmacher, Chausseestr. 34.

Secreta
Bewährte künstl. Menschen-Augen fertigt direkt nach der Natur in Gegenwart der Patienten

W. Müller, Albrechtstr. 16.
Einziger Augenkünstler Berlins. Anatomisch richtige Formen für jede Augenhöhle, ohne jede Beschwerden, „unter Garantie“. Künstliche Augen vom Lager zu Optiker-Preisen. 41462*

Stettin. Filialen Berlin.
Mass-Anzüge Mass-Paletots
24 und 30 Mark.
Unter Garantie des tadellosten Sitzes bei peinlichst gewissenhafter Anprobe liefere ich von prima Partiestoffen mit guten Zuthaten Anzüge nach Mass zu obigen Preisen.
Indem gewogene Angestellte sich speciell auf mein gutes Renomme stützen, mache ich darauf aufmerksam im Interesse des werten Publikums, sich direkt zu wenden an
Sonnenschein' Herren-Moden
nach Mass
Chausseestr. 54 I - Lindenstr. 95 I. 4274L*

Vorwärts-Buchhandlung
SW., Lindenstr. 69, Laden.
Reden und Schriften von **Ferdinand Lassalle.**
Lassalle, F., Reden und Schriften. Neue Gesamtausgabe. Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der Socialdemokratischen Partei Deutschlands von Ed. Bernstein. Vollständig in 3 Bänden, zusammen: broschiert 10 Mk., in Leinen gebd. 11,50 Mk., in Halbfrz. gebd. 14,50 Mk.
Einzelausgaben:
Heber Verfassungswesen. — Was nun? — Macht und Recht. — 35 Mk.
Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Verleumdung. — 30 Mk.
Meine Äusserungen, gehalten vor den Geschworenen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849 gegen die Anklage, die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgereizt zu haben. — 40 Mk.
Arbeiterprogramm. — 15 Mk.
Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen. — 60 Mk.
Der Lassalle'sche Kriminalprozess. II. und III. — 50 Mk.
Offenes Antwortschreiben an das Centralcomitee zur Berufung eines Allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig. Neue Auflage. — 20 Mk.
Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag. Drei Symptome des öffentlichen Geistes. — 25 Mk.
An die Arbeiter Berlins. Eine Ansprache. — 20 Mk.
Der Hochverrat-Prozess wider Ferd. Lassalle. — 40 Mk.
Meine Äusserungen. — 15 Mk.
Die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und das Versprechen des Königs von Preussen. — 25 Mk.
Herr Bastiat-Schulze v. Delisich über Kapital und Arbeit. 1.— Mk.
Herr Julian Schmidt, der Literaturhistoriker. — 75 Mk.
Vorrede zum System der erworbenen Rechte. — 20 Mk.
Franz von Sickingen. 2.— Mk.

Seltene Gelegenheit! **Nur kurze Zeit!**

Räumungs-Verkauf

der aus der

Konkursmasse

der

Rosenthaler Str. 60 **A. Levy, Goldschmidt & Co., Heine'schen** **Rosenthaler Str. 60**
Avanti I. Etage Konkursmasse stammenden und anderer Waren. I. Etage Avanti

Ein Posten, 2000 Herren-Anzüge in Jackett-Fassons soll nunmehr abgegeben werden für den billigen Preis	von M. 6 an u. h.
Ein großer Posten, bestehend in ca. 2000 Herren-Dosen, jetzt herabgesetzt	von M. 1 1/2 an u. h.
Eine große Partie, bestehend in 455 Frühjahrs-Weberziehern, jetzt herabgesetzte Preise	von M. 6 an u. h.
Ein Cavelling, bestehend in 156 Herren-Mod-Anzügen, zu dem jetzt herabgesetzten billigen Preis	von M. 12 an u. h.
Ein Posten Herren-Foppen und Jacketts aller Sorten zum herabgesetzten Preis	jetzt von M. 1 an u. h.
Eine große Partie, 1364 Jünglings- und Burschen-Anzüge zu dem bedeutend herabgesetzten Preis	von M. 4 an u. h.
Ein Posten, 1000 Knaben-Anzüge zu den noch nie dagewesenen Preisen	von M. 1 1/2 an u. h.

146/2*

Sitzung haben Dienstag:

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. I. Vorsitzender: Julius Reber, Lindenstr. 131, IV. Erster Kassierer: Selbitz, Adickstr. 18. Alle Verhandlungen im Vereinslokale sind zu richten an Gustav Schütthal, Kinnestr. 10. Übungsstunde abends 9-11 Uhr. - „Gerechtigkeit“ (Wester), Büchel, Bülowstr. 59. - „Olympia“, Zimmermann, Grüner Weg 29. - „Kreuzberg“, Halenbeide 58. - „Edelweiß“, Rippke, Weichselstr. 15. - „Echo“, Mündner, Linienstr. 19. - „Vorwärts“, Spät, Georgenkirchstr. 65. - „Rote Rote II“, Kofin, Kappelerstr. 42. - „Vorwärts IV“, Schulze, Rathenow, Jägerstr. 2. - „Alpenalpe“, Gold, Große Frankfurterstr. 133. - „Beddinger Harmonie“, Albrodt, Müllerstr. 7. - „Vorwärts VIII“, Schurbaum, Narnitz in der Mark. - „Sangeslust II“, Hoffmann, Potsdamerstr. 3. - „Weiße Rose I“, Schiller, Reinholdsdorf, Provinzialstr. 72. - „Arbeiter-Bund“, Glemke, Rowalds, Ballstr. 55. - „Kreuzberger Harmonie“, Rabe, Fichtestr. 29. - „Nord-Ost“, Konradt, Hornsdorferstr. 6. - „Freie Feldblume“, Blafsch, Stallstr. 51/52. - „Einig“, Dieck, Nartusstr. 18. - „Schneeglöckchen II“, Wolsdam, Olafstr. Kaiser Wilhelmstr. 38. - „Tertilia“, Weigel, Brangelstr. 130. - „Alpenalpe“, Hilgenfeld, Bergstr. 60. - „Kupferhämmer“, Feind, Weinstr. 11. - „Frohstimm I“, Hummelburg, Deutling, Goethe u. Nantstr. 34. - „Vorwärts IX“, Charlottenburg, Bernise, Bismarckstr. 34. - „Freiheitskämpfer“, Weidmann, Grünstr. 21. - „Rosenthaler Vorkat“, Scheffer, Pappel-Allee 3/4. - „Jugend I“, Stegk, Scheunstr. 15a. - „Concordia“, Her, Alte Jakobstr. 119. - „Kolnrot“, Börsch, Schwedenstr. 11a. - „Männer-Gesangsverein Vorwärts X“, Kauen, Paul Schulz, Chausseestrasse. - „Ober-Schönweider Liedertafel“, Kaufhold, Wilhelmshofstr. 18. - „Georgia“, Kaiser, Grünauerstr. 14. - „Verband deutscher Gastwirtsgehilfen“, An der Stadtbahn 39 I. - „Balläre“, Liedemann, Weichselstr. 49. - „Gewerkschaft der Maler Berlin“, Conradi, Luisen-Platz 51. - „Arbeiterverein Adershof“, Rechner, Oppenstr. 56. - „Fortschritt“, Borsdorf, Köpckestr. 158. - „Gesangsverein Verbe“, Quosmid, Stargarderstr. 3. - „Freie Sängerkreis“, Jernsdorf b. Königsmusterbauern, Schulz, - „Lied hoch“, Fricke, Veteranenstr. 18. - „Frohstimm“, Jeddend, Seeborn, Volkstr. - „Frohstimm“, Wierhöf, Rohde, Helbigstr. 30. - „Reich auf“, Raab, Brunnenstr. 98. - „Maurer“, Wilmersdorf, Berlinerstr. 40. - „Sängerkreis“, Berber, Koch, Fischerstr. - „Frohstimm“, Jeddend, Schlegel, Wolkestr. Arbeiter-Kaucherbund Berlin und der Umgegend. Verhandlungen im Vereinslokale sind zu richten an Albert Liebetrau, Berlin, Putzstr. 44, IV. - „Eldorado“, Reiss, Grüner Weg 120. - „Amdalema“, Forsterstr. 19, Udel. - „Neuer Berliner Musikklub“, Reichbergerstr. 148, Bedmann. - „Domingo“, Waldemarstr. 16, Kahlert. - „Neuer Hain“, Rangendörfer, 7, Lechtmeier. - „Völkendust“, Gothenstr. 8, Jechke. - „Auliga“, Pripperstr. 46, Herzog. - „Weissenhof“, Kallensteinstr. 5, Gonnell. - „Gemütslichkeit I“, Wamzuffstr. 101, Gläser. - „Blau-Weiße IV“, Putzstr. 25. - „Kein Streit“, Tilmstr. 32, Schmidt. - „Belshazzar“, Bismarckstr. 55, Dähfert. - „Geranium“, Graf, Löwenstr. 8. - „Seegras“, Paganerstr. 18, Rangold. - „Vollkorn“, Münchbergerstr. 8, Wachs. - „Victoria“, Keller, Weichselstr. 21. - „Edelweiß“, Stegk, Deh, Alorstr. 2. - „Gloria“, Schulz, Panstr. 3b. - „Jugend“, Neu-Weihensee, Reuendorf, Friedrichstr. 5. - „Lokal der Räte“, Ungar, Lanroggerstr. 10. - „Reichstift III“, Schulz, Neu-Weihensee, Seidnstr. 24. - „Grüner Hain“, Koll, Strahmannstr. 33. - „Reichstift“, Strabdenhöf, Adolinerstr. 3. - „Reife Männer“, Proben, Karstr. 13c. - „Excellior“, Effect, Lühderstr. 23. - „Einloch“, Vinf, Brangelstr. 66. - „Gehelbrunnen“, Kellerstr. 14. - „Edle Brüder“, Litzenerstr. 14. - „Demet's Eiserne Peise“, Engler, Schulstr. 5. - „Reife Brüder Roabit“, Schöy, Bremerstr. 71. - „Rausch“, Rirdorf, Stein, Fiethestr. 3. - „Unverzagt“, Gruber, Friedenstr. 6. - „Koppenstr. - „Freie Stunde“, Grundmann, Vädlerstr. 18. - „Rindland“, Voll, Rastanten-Allee 75. - „Freiheit“, Nieber, Strahmannstr. 27. - „Freie Männer“, Stegk, Kramer, Karthausstr. 2. - „Osten“, Reizelbauern, Proffauerstr. 27. - „Aulgarier“, Karthaus, Frickestr. 69. - „Blau-Weiße II“, Fromm, Hornsdorferstr. 44. - „Gehelne Ruppe“, Krüger, Andreaskstr. 42. - „Lange Weiße Roabit“, Strödel, Kattenstr. 8. Arbeiter-Turnerbund. Dienstag und Freitag: Turnverein „Reife“, Berlin, abends 8-10 Uhr: 2 Männerabtl.: Stoffstr. 55/56; 4 Männerabtl.: Roabit, Siemensstr. 20; 5 Männerabtl.: Wotistr. 16; 6 Männerabtl.: Etallkreierstr. 54; 6 Männerabtl.: Müllerstr. 168; 10 Männerabtl.: Peterburgerstr. 4; 11 Männerabtl.: Fähringerstr. 33; 1. Lehrlingsabtl.: Reichenstr. 37; 2. Lehrlingsabtl.: Fiedrichstr. 17/20; 6. Lehrlingsabteilung: Reichenbergerstr. 67/70; 8. Jugendabtl.: Dohlestr. 35/37; 1. Damenabteilung: Mariannen-Platz 1a. 2. Damenabtl.: Adersstr. 67; 3. Schülereabteilung: Roabit, Siemensstr. 20. - Arbeiter-Turnverein Neu-Weihensee im Prälaten, Lehderstr. 122. - Freie Turnerschaft Stralau-Hummelburg. Von 7-9 Uhr für Jünglinge; von 9-11 Uhr: Männer-Abteilung, Hummelburger Volksgarten, Hauptstr. 4. Arbeiter-Schwimmbund. Anfragen an F. Wenzel, Neu-Weihensee, Langhandstr. 114. Abends 7 1/2 Uhr. - „Reitan“, Seebad Weihensee. - „Gut Rah“, Rols-Badeanstalt, Turnstr. 80a. - „Hellas“, Dienstag und Freitag, Stralauer Allee 5. Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“. Gau 9 (Prov. Brandenburg). Alle Anfragen und Anträge, den Bund betreffend, sind zu richten an den Gau-Vorsitzenden Karl Fischer, Berlin NW, Waldstr. 8. Arb.-Rad.-Verein „Rirdorf“, Bergstr. 151/152. - „Vorwärts“, Wilmersdorf, Berlinerstr. 40. - „Norden 1900“, Panstr. 32d. - „Beran I“, Dienstag nach dem 15. Landsberger Allee 40/41. - „Reich auf“, Dienstag nach dem 1. und 15. Baumhülenerweg, Baumhülenerstr. 14. - „Stern“, Ludenwalde, bei Helan. - „Stern“, nach dem 1. und 15. bei Jordan, Mü-Landsberg. - „Komet“, Rirdorf, Karlsgartenstr. 6/10. - „Germania“, Wolterdors-Steinbrück, nach dem 1. bei Lehmann. Gesang-, Turn- und gefellige Vereine. Schöneberger Theaterverein, Wilhelmshof, Eberstr. 81. - Arbeiter-Theaterverein „Vorwärts“, Otto Badgänger, Eulienstr. 34. - Sängerkor II des Berliner Spar- und Bauvereins, Genossenschaftsbund Schreinerstr. 70. - Gesangsverein „Ahaloha“, Reichenstr. 211. - Privat-Theatergesellschaft „Brandenburg“, Englischer Hof, Neue Köpenickerstr. 3. - Sängerverein „Ginglet“, Mariannenstr. 19. - Sängerverein „Ramenlos“, Eulienstr. 30. - Neuer Berliner Musikklub, Stralauerstr. 4. - Rundharmonika-Berein „Symbionte“, Müllerstr. 11. - Männergesangsverein „Vorbeertranz“, Rürken, Cranienstr. 190. - Madrenklub Seebad, Berlin 1902, Zimmermann, Pappel-Allee 27. - Lambourverein „Wibel“, Köpckestr. 8. Arbeiter-Stattdub Berlin und Umgegend. Zuschriften sind zu richten an Duennert, Karlluststr. 15 II. Arbeit, Bergmann, Seebadstr. 43. - „Hoher Norden“, Harber, Stargarderstr. 13. - „Unverzagt“, Putzstr. 32. Vermischtes. Unwetter und Erdbeben. Ein Sturm hat in den Staaten zwischen Michigan und Tennessee großen Schaden angerichtet. Wie der „Frank. Ztg.“ aus New York vom Sonntag gemeldet wird, haben in Mexico während zweier Tage Erdbeben stattgefunden, anscheinend infolge der Tätigkeit des Vulkans Colima, in dessen Umgebung der Schaden zur Zeit erheblich ist. - Ueber das Unwetter, das die Insel Réunion, wie schon kurz gemeldet, heimgesucht hat, wird uns Hamburg noch gedruckt, daß einer dortigen Kaufmanns-Firma aus Constanza geteilt worden ist, daß die Insel Réunion durch Sturmwind gänzlich zerstört sei, die Hauptstadt St. Denis sei verheert, viele öffentliche Gebäude seien beschädigt und die Umgebung verwüstet; unter den Inselbewohnern herrsche Hungernot, da Lebensmittel fehlen und auch Kleidung. Dampfer aus Mauritius brachten die erste Hilfe. Die Ernte sei gänzlich vernichtet, hauptsächlich die Zuckerrohr-, Tabak- und Kaffeeplantagen. Der Schaden wird auf zwanzig Millionen Mark geschätzt. Gegen neunzig Personen sind umgekommen darunter dreizehn Weiber. Ueber ein Eisenbahnunglück wird aus Budapest berichtet: Auf einem dem Industrie-Etablissement Wälgörod in Szudrics (Waharer Komitat) gehörigen Gleis entgleisten mehrere Waggon. Zwei Arbeiter wurden getötet, vier schwer verletzt. Berliner Bank. Bilanz per 31. Dezember 1903. Aktiva. M. Pf. Kassenbestand 4 017 830 54 Nostro-Guthaben bei Banken und Bankfirmen 2 875 625 32 Bestand an Zinsscoupons 465 050 39 Wechsel-Bestand 16 479 770 28 Bestand an eignen Wertpapieren einschliesslich der Beteiligungen 20 838 511 81 Bestand an verkauften, erst nach dem 31. Dezbr. abzuliefernden Wertpapieren 8 129 732 65 Kommandit-Einlage 2 000 000 - Debitoren in laufender Rechnung Aval-Debitoren 4 210 082 - Bankgebäude Behrenstrasse 46 einschliesslich der Inventarien 2 566 645 48 Grundstücks-Conto 198 002 03 110 842 804 53 Passiva. M. Pf. Aktienkapital-Conto 42 000 000 - Gesetlicher Reservefonds 3 305 077 60 Beamten-Pensionsfonds 179 005 - Accepte im Umlauf 17 044 221 40 Aval-Verpflichtungen 4 210 082 - Rückständige Dividenden 7 665 - Kreditoren in laufender Rechnung 41 853 344 18 Reingewinn 2 243 409 35 Gewinn- und Verlust-Conto 1903. Debet. M. Pf. Verwaltungskosten: Gehalte, Steuern, Reisekosten, Miete, Porti, Depeschen, Stempel etc. 917 452 22 Abschreibung auf Effekten- und Beteiligungs-Conto 500 000 - Abschreibung auf Conto-Corrent-Conto 94 121 61 Reingewinn 2 243 409 35 3 754 983 18 Kredit. M. Pf. Gewinnvortrag aus 1902 127 325 84 Gewinn aus: Zinsen und Wechseln 1 896 501 08 Effekten- und Konsortial-Beteiligungen 493 606 59 Provisionen 846 728 04 Coupons und Sorten 14 601 46 den Depositenkassen und der Kommandite 405 967 17 3 754 983 18 Berlin, den 31. Dezember 1903. Der Aufsichtsrat. Lucas, Vorsitzender. Die Direktion. Chrambach, Simon, Traube. Die auf 4 Proz. festgesetzte Dividende gelangt gegen Einlieferung des Dividendenscheines pro 1903 mit M. 40.- bei der Gesellschaftskasse in Berlin sowie bei den bekannten Zahlstellen zur Auszahlung. Die Dividendenscheine sind auf der Rückseite mit der Firma resp. dem Namen des Einreichers zu versehen. Deutscher Holzarbeiter-Verband. Bilderrahmenmacher und alle in Goldleistenfabriken beschäftigt. Holzarbeiter. Dienstag, 29. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Boigt, Ritterstr. 75: Versammlung. Da die Tagesordnung sehr wichtig, ist vollständiges Erscheinen notwendig. Der Obmann. Ungewitters Kautabak. Als bester seit 40 Jahren in Berlin bekannt und gern gekauft. Verlangt Ungewitters Kautabak. In haben in Cigarren-Specialgeschäften. 44702* Für Wiederverkäufer zu haben bei: Fritz Hämmerer, Berlin, Frankfurter Allee 33. Müggelschlösschen. Das herrliche gelegene Etablissement an Obersee und Müggelsee, am Wald und alten Baumbestand, für größere und kleine Gesellschaften, Vereine etc. bestens empfohlen. Vorzügliche Küche zu soliden Preisen, feinste Biere und Weine. 858* Personen-Dampfer. Vermietet sehr billig für Restaurant und Seebad Waggelweider mit Wädelbusch bei Rindsdorf und Umgegend. Abfahrt Michaelbrücke. Reddig's Reederei: Rehaur, Karl Krause, Alexanderstr. 13, und August Hoppe, An der Michaelbrücke, Ede Polzmarktstr. 45849* Bruch-Pollmann. empfiehlt sein Lager in Bruchhandlungen, Leibbinden, Geradefalttern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankengefuge. Eigne Werkstatt. Kleberantl., Ortho- u. Hilfs-Krankenkassen Berlin C., 30. Linien-Strasse 30. NB. Alle Bruchhändler mit elastischen Pelotten, angenehm und weich am Körper. 33252* 5 1/4 Pfund Brot Backware 50 Pf. Albrechts Bäckereien: Brangelstr. 9, Krautstr. 19, Naldenstr. 28, Sauerstr. 2, Marktstraße Baderstr., Stand 222/23, Marktstraße Andreaskstr., Stand 16/18. Dr. Schönemann. Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 6, 1/2, 12-1/3, 1/6-1/5, Sonn- 9-11. Billigste, beste Herren-Hüte Garantie-Hüte. In allen Farben. Form E. 2 90. Vorzüglich haltbare Filz-Hüte unter Garantie der Tragbarkeit, in 5 Formen. Filz-Hüte. Weiche Formen. Moderne Farben. 1 90. Filz-Hüte. Weiche Formen. In glatt oder flammé oder floconné. 2 25. Filz-Hüte. Steife Formen. Erprobte Fabrikate. 1 90. Leinene Kragen 1 80. Lein, Manschetten 1 65. Ober-Hemden 2 65. Baer Sohn. Chausseestr. 24a/25 • Brückenstr. 11 Gr. Frankfurterstr. 20. Die 23. Preisliste 1904 über gesamte Herren- und Knaben-Kleidung mit über 200 Illustrationen wird kostenlos und portofrei zugesandt. Besonderes Angebot für das Osterfest! Empfehle mein reichhaltiges Lager in Kostüm-Röcken, Blusen und Jupons hervorragend billig, teilweise bis unter der Hälfte des regulären Preises. S. Weissenberg, Grosse Frankfurterstrasse 126, Ecke Koppenstrasse. 4675L

